**Kapitel 11**

**PRÄSIDENT TRUMAN KAPITULIERT VOR DEM ZIONISMUS**

 Nachdem Großbritannien die Verantwortung für das Problem, was mit Palästina geschehen sollte, auf die Vereinten Nationen abgeladen hatte, wurde der zionistische Terrorismus vor Ort, im Heiligen Land, von einer zionistischen Einschüchterungs- und Bedrohungskampagne begleitet, die darauf abzielte, das Weltgremium dem zionistischen Willen zu unterwerfen. Und dann kam der Augenblick, in dem Präsident Truman sagte (in einem bis 1971 nicht klassifizierten Memorandum), es werde den Zionisten, wenn sie ihren Druck aufrecht erhielten, „gelingen, die UNO überflüssig zu machen.

Die UN-Generalversammlung wurde einberufen, um über das Problem, was mit Palästina am 28. April 1947 geschehen sollte, zu diskutieren. Sie ernannte ein Sonderkomitee (UNSCOP), das die Situation beraten und dann seinen Bericht mit einer Empfehlung abgeben sollte.

 **Der zionistische Terrorismus im Heiligen Land wurde von einer zionistischen Einschüchterung- und Bedrohungskampagne begleitet, die darauf abzielte, das Weltgremium dem zionistischen Willen  zu unterwerfen.**

 Der Gedanke war, diese Empfehlung dann in Form einer Resolution der Generalversammlung zur Bewilligung – oder nicht - vorzulegen. Falls die Resolution dort die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreichen und der Sicherheitsrat sie annehmen würde, repräsentierte sie den Willen der organisierten internationalen Gemeinschaft, und die Konfliktparteien müssten sie als Lösung für das Palästina- Problem akzeptieren. Das war die Theorie. Aber was würde tatsächlich geschehen, wenn eine oder beide Parteien (die Araber oder die Zionisten) sich weigerten, die Lösung zu akzeptieren, welche die Generalversammlung bewilligt und der Sicherheitsrat sich zu Eigen gemacht hatte?

 Zwei mögliche Antworten gab es auf diese Frage:

 Die eine war, dass die Großmächte, die die UN durch den Sicherheitsrat beherrschten, gewillt waren, die Entscheidung des Weltgremiums durchzusetzen, falls erforderlich mithilfe einer Kombination aus Sanktionen und militärischen Mitteln.

 Die andere war, dass die UN akzeptieren mussten, dass die vorgeschlagene Lösung nicht realisierbar war. In diesem Fall würde die Resolution hinfällig, und die Diplomaten müssten zum Ausgangspunkt zurückkehren. Der zionistische Terrorismus vor Ort im Heiligen Land wurde begleitet von einer zionistischen Einschüchterungs- und Bedrohungskampagne, die dazu bestimmt war, das Weltgremium dem zionistischen Willen zu unterwerfen

Kurz gesagt: das palästinensische Problem wurde zum ersten Test der Autorität der UN. Sollte es ihr gelingen, den Interessenkonflikt in Palästina mit diplomatischen und politischen Mitteln oder auch mit Zwang zu lösen, erwiese sich die in die UN gesetzte Hoffnung - als einer globalen Institution, die die Schaffung einer faireren und besseren Welt überwacht - , gerechtfertigt und würde ihr Gewicht verleihen. Würde sie jedoch versagen, wäre die Perspektive eine Fortsetzung des Rechts des Stärkeren, wobei - wie seit eh und je - die Macht über das Recht triumphiert.

 Während die Truman-Regierung auf die Empfehlung der UN wartete, legte der Präsident sich so etwas wie ein Schweigegelübde auf.

 Am 8. August 1947 sagte er auf einer Kabinett-Sitzung, er beabsichtige nicht, irgendwelche Ankündigungen oder Stellungnahmen zu Palästina abzugeben, bis die UNSCOP ihre Ergebnisse präsentiert habe. In seinem Bericht zur Agenda der Sitzung zitierte Forrestal, der Präsident habe erklärt, er habe „sich an diese delikate Frage einmal herangewagt“ und „beabsichtige nicht, dies noch einmal zu tun.” Das „eine Mal“ sagte Truman seinem Kabinett, sei im Herbst 1945 gewesen, als er, um die Zionisten zu besänftigen, Druck auf Großbritannien ausgeübt habe, damit es 100.000 Juden erlaubte, nach Palästina einzuwandern. (Meine Interpretation beim Lesen zwischen den Zeilen ist, dass Truman bewusst wurde, dass er eine schlechte Situation für die Briten noch verschlechtert hatte, und dass er möglicherweise die geringe Aussicht der Briten, die Arabische Liga zur Hinnahme eines jüdisches Heimatlandes zu bewegen, das weniger war als ein Staat, zunichte gemacht hatte.)

 Truman gab seine Kommentare ab, nachdem Außenminister Marshall seine Beurteilung der Situation in Palästina präsentiert hatte. Marshall sagte voraus, dass auf den Rückzug Großbritanniens „ein blutiger Kampf zwischen den Arabern und den Juden“ folgen werde.

 Am 3. September übermittelte die UNSCOP der Generalversammlung zwei Empfehlungen.

 Die erste, der Mehrheitsplan, schlug die Beendigung des Mandats und die Teilung von Palästina vor – die Gründung eines arabischen und eines jüdischen Staates mit einer Wirtschaftsunion zwischen ihnen und einem Sonderstatus für die Stadt Jerusalem als Corpus separatum. Sie wäre eine internationale, von der UN verwaltete Stadt.

 Die zweite, der Minderheitsplan, von Indien, Jugoslawien und Iran vorgelegt, sah auch die Beendigung des Mandats vor, war jedoch gegen die Teilung. Er schlug ein vereintes Palästina vor – die Gründung eines arabischen und eines jüdischen Staates in einer föderalen Struktur, mit Jerusalem als seiner Hauptstadt. (Dies war effektiv die alternative Position jener arabischer und anderer Muslimführer, die wussten, dass sie der Realität ins Auge sehen mussten).

 Als die Dinge anschließend bei der UN fehlschlugen, gab Großbritannien zu, dass der Teilungsplan „nicht unparteiisch konzipiert worden war“.

Das war eine diplomatische Art, zu sagen, dass der zionistische Einfluss auf die Mehrheit der Mitglieder des Sonderkomitees, mit ehrlichen und unehrlichen Mitteln, genügte, um sicherzustellen, dass dessen Empfehlung den Zionismus auf Kosten der Araber bevorzugte. Aber dieses britische Eingeständnis bedurfte es gar nicht, um das zu begreifen. Die Fakten sprachen für sich selbst, und zwar laut und deutlich.

Der vorgeschlagene Teilungsplan sah vor, dass 56,4% von Palästina den Menschen (viele davon erst kürzlich angekommene ausländische Einwanderer), die bloß 33 % der Bevölkerung ausmachten und 5,67 % des Landes besaßen, für einen jüdischen Staat gegeben werden sollten.

 Die Araber waren nicht nur in der Überzahl in dem Gebiet, das man ihnen überließ, sie bildeten auch fast die Mehrheit in dem Gebiet, das den Juden zugeteilt wurde.

 Und das war noch nicht alles. Das Gebiet, das dem jüdischen Staat zugeteilt wurde – 10 mal so groß wie das, was bis dahin den Juden gehörte – schloss den größeren Teil des wertvollen Küstengebietes und anderer fruchtbarer Gebiete ein, wohingegen den Palästinensern hauptsächlich unfruchtbare und bergige Landstriche blieben.

 Es war ein Vorschlag für ein Unrecht massiven Ausmaßes. Lilienthal bezeichnete es richtig als „Ur-Sünde“, die dem arabisch-israelischen Konflikt zugrunde liege. Falls dieser Teilungsplan bewilligt und umgesetzt würde, würde er den Grundsatz der Selbstbestimmung, das noble Ideal, dem die Regierungen der sogenannten demokratischen Nationen des Westens vorgeben, verpflichtet zu sein, vollkommen zunichtemachen.

 Die Araber lehnten die Teilung mit der Begründung ab, dass diese ihre Rechte verletze und mit Recht und Gerechtigkeit unvereinbar sei. Sie hinterfragten die Kompetenz oder die Macht der UN, die Teilung ihres Heimatlandes zu empfehlen und somit die Zerstörung ihrer territorialen Integrität.

 Was die rechtlichen Aspekte der Situation betraf, so hatten die Araber zu 100 % das Recht auf ihrer Seite. Cattan drückte es folgendermaßen aus:

 Die UN ist eine Organisation von Staaten. Sie wurde zu bestimmten Zwecken gebildet, die in der Charta definiert sind. Zu keiner Zeit besaß diese Organisation irgendeine Souveränität oder ein ähnliches Recht über Palästina. Folglich besaß die UN keinerlei Befugnis, die Teilung von Palästina zu beschließen oder irgendeinen Teil seines Gebietes einer religiösen Minderheit von fremden Einwanderern zuzuteilen, damit sie einen eigenen Staat errichten können. Weder einzeln noch kollektiv konnten die Mitgliedsstaaten der UN die Souveränität des Volkes von Palästina vergeben, reduzieren oder schwächen, die Menschen aus ihrem Land vertreiben oder durch Teilung die territoriale Integrität ihres Landes zerstören.

 Wie Großbritannien mit der Balfour-Erklärung keinerlei Recht hatte, etwas zu vergeben, was es nicht besaß, so auch die UN.

 **Der Teilungsplan schlug vor, 56 % Palästinas**

**denjenigen Menschen (viele von ihnen kamen als fremde**

**Einwanderer) für einen jüdischen Staat zu geben,**

**die 33 % der Bevölkerung ausmachten und**

**5,67 % des Landes besaßen. Es war ein Vorschlag**

**für eine Ungerechtigkeit riesigen Ausmaßes.**

Die eindeutigste Aussage zu dem Kompetenz-Mangel der UN kam von ihrem eigenen Unterkomitee (dem Unterkomitee 2 zum Ad-Hoc-Komitee zur Palästina-Frage). Dieses hatte die Aufgabe darüber zu entscheiden, ob die UN die Kompetenz oder die Befugnis zur Teilung Palästinas besaß oder nicht. In seinem Bericht vom 11. November 1947 hielt das Unterkomitee Folgendes fest:

 „Eine Studie des Kapitels XII der Charta der Vereinten Nationen lässt keinen Raum für Zweifel …. weder die Generalversammlung, noch irgendein anderes Organ der Vereinten Nationen ist befugt, irgendeine Lösung in Erwägung zu ziehen, geschweige denn zu empfehlen oder zu erzwingen, außer der Anerkennung der Unabhängigkeit Palästinas, und die Regelung einer zukünftigen Regierung Palästinas ist ganz alleine die Angelegenheit des Volkes von Palästina... Die Vereinten Nationen können keine Enteignung oder Übereignung von Land vornehmen, noch können sie die Mehrheit der Menschen Palästinas ihres Landes berauben und es einer Minderheit in ihrem Land zum alleinigen Nutzen übertragen.“

 Noch wichtiger: das Unterkomitee zeigte sich besorgt über die Möglichkeit, dass die Vereinten Nationen ohne Rücksicht auf das internationale Recht handelten - und zwar so besorgt, dass es dem Generalsekretär Trygve Lie (ausgesprochen: Lee) einen Resolutionsentwurf übermittelte und ihn beauftragte, die Teilungsresolution an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag weiterzuleiten. Die Verfasser des Resolutionsentwurfs zählten diesbezüglich acht rechtliche Aspekte auf, (a) bis (h), über die der Generalsekretär, ihrer Meinung nach, ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes einholen sollte. Von den acht Punkten, waren (g) und (h) die relevantesten. Es waren folgende:

 „(g) Ob die Vereinten Nationen berechtigt sind, ohne Zustimmung der Mehrheit des Volkes von Palästina, einen der beiden Pläne und Empfehlungen der Mehrheit oder der Minderheit des UN-Sonderkomitees zu Palästina oder eine andere Lösung, die die Teilung des Landes Palästina beinhaltet, oder eine permanente Treuhandschaft über eine Stadt oder einen Teil Palästinas vorzuschlagen.

 (h) Ob die Vereinten Nationen oder irgendeiner ihrer Mitgliedsstaaten berechtigt ist, die Durchsetzung irgendeines Vorschlags in Bezug auf die Verfassung und die zukünftige Regierung von Palästina, insbesondere irgendeinen Plan oder eine Teilung, die den Wünschen der Einwohner Palästinas widerspricht oder ohne ihre Zustimmung angenommen wurde, zu erzwingen oder zu empfehlen.“

 Der Resolutionsentwurf als Ganzes wurde von dem Ad-Hoc-Komitee zu Palästina mit 25 zu 18 Stimmen-, aber (h) nur knapp mit 21 zu 20 Stimmen, abgelehnt.

 **Die UN-Entscheidung zugunsten des Zionismus**

**gab dem jüdischen Staat keine Legitimität in**

**den Augen des internationalen Rechtes. In Wirklichkeit**

**setzte die neue internationale Organisation sich völlig**

**über das internationale Recht hinweg.**

Die Folge davon war, dass der Generalsekretär nicht angewiesen wurde, ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes einzuholen. Wäre er dazu angewiesen worden, so hätte man ihm mitgeteilt, dass die Teilungsresolution keinen juristischen Wert hatte und es eine Missachtung der Justiz darstellen würde, damit fortzufahren.

 In der Tat setzten die Vereinten Nationen sich über das internationale Recht hinweg.

 Ein höchst interessanter Beitrag zum Verständnis wurde von Dr. W. T. Mallison, Jr., in seinem Vorwort zu Cattans epochalem Werk „Palästina und das Internationale Recht“ geleistet. Zu der Zeit war Mallison Professor der Rechtswissenschaften an der George Washington Universität. Er schrieb:

 „Die implizite Behauptung in dem Buch, das internationale Recht sei relevant für eine gerechte Lösung sowohl des zugrunde liegenden zionistisch-palästinensischen Konflikts als auch der daraus resultierenden arabisch-israelischen Konfrontation, könnte vielen Lesern als unbewiesenen erscheinen. Aber dem ist entgegenzuhalten, dass eine Auffassung des internationalen Rechts als exklusives westliches System die große Mehrheit der Menschheit ausschlösse und dieses Recht kein kreatives Potential zur Lösung schwieriger Probleme hätte. Die Charta der Vereinten Nationen, als Grundgesetz der Weltgemeinschaft, lehnt solch eine exklusivistische Konzeption des internationalen Rechts ab. Ihre Bejahung der Selbstbestimmung und ihre Ablehnung der Diskriminierung schließt das Volk von Palästina und andere Opfer des Kolonialismus aus ihrem weltweiten Gültigkeitsbereich nicht aus... Das Palästinaproblem, wie Herr Cattan so überzeugend darlegt, ist kein Fehler des internationalen Rechts, da das universelle internationale Recht niemals auf Palästina angewandt wurde.”

[Cattans Argument war, dass dies so hätte sein sollen.]

 Eine höchst explizite Aussage, weshalb Israel keiner Billigung oder Unterstützung des internationalen Rechts bedurfte, stammt von Premierministerin Golda Meir. In einem Interview mit Le Monde am 15. Oktober 1971 sagte sie: „Dieses Land existiert als Ergebnis eines Versprechens, das von Gott selbst stammt. Es wäre lächerlich, die Anerkennung seiner Rechtsmäßigkeit zu erbitten!“ Mallison kommentierte: “Unnötig zu sagen, dass das Konzept der Gründung und Legitimation von Staaten aufgrund einer göttlichen Bestimmung im internationalen Recht unbekannt ist.“

 Die Zionisten ihrerseits waren weit entfernt davon, über den vorgeschlagenen Teilungsplan glücklich zu sein, weil er ihnen nicht den Anteil am Land gab, den sie wollten, und weil Jerusalem nicht in dem Gebiet enthalten war, das dem jüdischen Staat zugeordnet wurde. Die Zionisten akzeptierten dennoch den Teilungsvorschlag und betrieben seine Bewilligung durch die notwendige Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung. Sie taten dies aus drei Gründen:

 Der erste war das erhoffte politische Ziel, als Partei zu gelten, die den Kompromiss annahm und sich nicht verweigerte. Von nun an konnten die Araber, falls sie die Teilung nicht akzeptierten – und ungeachtet der Tatsache, dass sie das Recht 100 % auf ihrer Seite hatten – in der zionistischen Propaganda als Verweigerer des Kompromisses hingestellt werden.

 Der zweite war, dass die Annahme der Teilungsresolution durch die UN dem jüdischen Staat eine Art Geburtsurkunde ausstellen würde. (Man kann wohl davon ausgehen, dass die besten zionistischen Rechtsgelehrten Ben Gurion und seinen Kollegen sagten, eine UN-Entscheidung zu ihren Gunsten gäbe dem jüdischen Staat keine Legitimität in den Augen des internationalen Rechts. Aber das war für die zionistischen Gründerväter kein Grund zur Besorgnis. Sie konnten auf den  Wahrheitsgehalt des alten Klischees bauen, das besagt, in der realen Welt bedeute „Besitz neun Zehntel des Rechts“).

 Der dritte war Ben Gurions Vertrauen darauf, dass seine Streitkräfte die Araber auf dem Schlachtfeld besiegen oder zumindest mehr arabisches Land mit Gewalt erobern könnten, als dem jüdischen Staat in dem Teilungsplan zugeordnet worden war. Er war glücklich, dass „der letzte Kampf zwischen den Juden und den Arabern mit Waffengewalt stattfinden und diese den Ausgang bestimmen wird.”

So gesehen war der im Teilungsplan vorgeschlagene jüdische Staat ein notwendiger Ausgangspunkt. In Wahrheit wäre Ben Gurion sehr enttäuscht gewesen, wenn die Araber die Teilung akzeptiert hätten. Ben Gurions Vertrauen darauf, dass seine zionistischen Streitkräfte den Arabern auf dem Schlachtfeld überlegen waren, beruhte zum größten Teil auf den Finanzmitteln, die Golda in Amerika aufgetan hatte. (Sie ermöglichten, wie wir sehen werden, den Einkauf von Militärmaterial jeglicher Art, das den Arabern verwehrt wurde.)

 Bevor der Minderheitsbericht, der ein einheitliches Palästina empfahl, auf den Müllhaufen der Geschichte geworfenen wurde, damit nur noch die Teilungsresolution zur Abstimmung in der Generalversammlung verblieb, signalisierte Saudi Arabiens Außenminister, Prinz Feisal, seine Bereitschaft, den Staatssekretär Marshall zu treffen. Mit dem Segen seines Vaters, König Ibn Saud, war Feisal bereit, die Möglichkeit einer „Einigung“ mit der Mehrheit des Sonderkomitees, das die Teilung empfohlen hatte, zu erörtern.

 Das bedeutete, dass Saudi Arabien, der wichtigste und einflussreichste arabische Staat, im Prinzip bereit war, die arabische Zustimmung für eine UN-Resolution zu erwirken, die eine jüdisch verwaltete Entität in Palästina errichten würde – vorausgesetzt, sie wäre Teil eines einheitlichen Palästina (das heißt, sie wäre kein unabhängiger jüdischer Staat), vorausgesetzt auch, die Größe des Gebietes, die der jüdischen Entität zugeordnet wäre, stünde im Verhältnis zu der damaligen Zahl der Juden in Palästina und der Größe des Landes, das sie besaßen, und schließlich vorausgesetzt, dass Beschränkungen für die zukünftige jüdische Einwanderung vereinbart würden. Im Stillen dachte Saudi Arabien in der Tat das Undenkbare: eine Art von Übereinkunft mit dem Zionismus war unumgänglich. Warum?

 Trotz allem, was König Ibn Saud Präsident Roosevelt und Churchill erklärte, und trotz allem, was Feisal den amerikanischen Diplomaten sagte, waren die Saudis Realisten. Sie wussten, dass die Schaffung einer jüdischen Entität in Palästina nun unvermeidbar war, da Großbritannien es aufgrund der jüdischen Immigration zugelassen hatte, dass der Balfour-Erklärung Substanz verliehen wurde, und wegen des Nazi-Holocausts und der Art, wie die Zionisten diesen instrumentalisierten, um ihren Einfluss auf den politischen Prozess in den USA auszubauen. Die Saudis wussten auch, dass die Front der arabischen Staaten trotz ihrer gegenteiligen Rhetorik nicht in der Lage war, zu kämpfen und dem zionistischen Unternehmen durch einen  Sieg auf dem Schlachtfeld ein Ende zu setzen.

 **Ungeachtet dessen, dass sie das Recht zu**

**100 % auf ihrer Seite hatten, konnte die**

**zionistische Propaganda die Araber, falls**

**sie die Teilung nicht akzeptierten, als**

**Verweigerer des Kompromisses darstellen.**

 Fast zwei Jahrzehnte nach diesen Ereignissen, als König Feisal von allen, die ernstlich über die arabische Politik informiert waren, als der klügste und weiseste arabische Führer der modernen Zeit angesehen wurde, war er es selbst, der mir während eines Privatgesprächs retrospektiv Einblick in die Art gab, wie er im Jahr 1947 dachte. (Das Privatgespräch kam durch die Frage zustande, die ich ihm inoffiziell nach einem einstündigen Interview stellte, dem ersten übrigens, das er je mit einem TV-Auslandskorrespondenten führte, und in dem er nichts Berichtenswertes sagte. Nachdem sich meine Kameracrew zurückgezogen hatte, wagte ich, ihn zu fragen, weshalb er in Rätseln sprach. Durch einen Übersetzer antwortete er: “Sie müssen verstehen, wie schwierig und delikat meine Position ist. Wenn ich das Falsche sage oder sogar das Richtige in der falschen Art, könnte der Nahe Osten in Flammen aufgehen.“ Abgesehen von Feisals wahrhaft königlichem Verhalten, seiner Höflichkeit und seiner prächtigen semitischen Nase sind das, woran ich mich bei ihm erinnere, seine blutunterlaufenen stechenden Augen und die Art, wie diese einen bis auf die Seele entkleideten. Wenn Sie Feisal belogen, wusste er, wer auch immer Sie waren, dass Sie logen. (Wahrscheinlich fühlte sich Kissinger deshalb niemals wohl in Feisals Gegenwart.)

 Als Außenminister des Königreichs sah Feisal die Katastrophe voraus, die geschehen würde, wenn die Araber keinen Weg fänden, dem Zionismus Grenzen zu setzen. Er wusste, dass die Zionisten nicht die Absicht hegten, sich mit dem, was ihnen im Teilungsplan zugeteilt wurde, zufrieden zu geben und dass es vor allem darum gehen musste, die Ausbreitung des Zionismus zu verhindern. Der einzige Weg, dies zu tun, war das Akzeptieren einer selbstverwalteten jüdischen Entität innerhalb eines einheitlichen Palästinas. Falls die Araber einem solchen Kompromiss zustimmten, konnten sie das Wohlwollen der westlichen Welt erlangen, insbesondere das der USA. Das würde es der jüdischen Entität bedeutend schwerer und hoffentlich sogar unmöglich machen, sich nach ihrer Entstehung noch mehr Land gewaltsam anzueignen. Es würde nicht leicht sein, die Palästinenser zu überzeugen, aus politischem Pragmatismus etwas von ihrem Land aufzugeben. Aber der wachsende Ölreichtum Saudi Arabiens würde dazu beitragen, ihnen die bittere Pille zu versüßen. Jedenfalls wäre die Alternative zu schrecklich, als dass man sie erwägen könnte. Wenn die Araber sich in der Verweigerer-Ecke wiederfänden, müssten sie einen Krieg führen, den sie nicht gewinnen könnten, und danach vom Wohl und Wehe des expansionistischen Zionisten-Staates abhängen, der zweifelsohne von einem der zionistischen Lobby ausgelieferten Amerika unterstützt würde.

 **Die arabischen Front-Staaten waren trotz ihrer**

**anderslautenden Rhetorik nicht in der Lage, einen**

**Krieg zu führen und zu gewinnen, um dem zionistischen**

**Unternehmen ein Ende zu setzen.**

 Der andere Faktor, der Feisal in Richtung einer Art Verständigung mit dem Zionismus trieb, war seine Furcht vor der Sowjetunion (er war sich mit seinem Vater in der Hinsicht einig). Somit bestand die strategische Notwendigkeit, die USA als Supermacht und Beschützer auf seiner Seite zu haben. Feisals Albtraum war die Auswirkung, die der Kommunismus hätte, würde er in die Region vordringen, und das Unheil, das er dort anrichten würde, wenn das Unvermögen, das palästinensische Problem zu lösen, zu einem endlosen Konflikt zwischen Arabern und Juden führen würde.

In der realen Welt (wie die Palästinenser begreifen sollten) müssten sowohl nationalistische Bewegungen als auch Staaten, die unter Missständen litten, eine der Supermächte auf ihrer Seite haben, wenn diese Missstände beseitigt werden sollten. Da dem so sei, und wenn es einen endlosen Kriegszustand geben würde zwischen den Arabern und dem Zionismus, der zu Recht oder Unrecht von den USA unterstützt würde, wären die Araber nicht in der Lage, einen Krieg zu gewinnen. Man käme an einen Punkt, wo radikale Araber die Unterstützung der Sowjetunion als Gegenpol zur amerikanischen Unterstützung des Zionismus suchen würden. Die Radikalen erhielten dann diese sowjetische Unterstützung, und das hätte zwei vorhersehbare Folgen:

 Die erste wäre, dass „ein Flirt“ arabischer Radikaler mit der Sowjetunion die arabische Welt spalten würde. Das führe einerseits zur Bildung eines pro-amerikanischen Lagers, das erklärtermaßen aus traditionellen und konservativen Regimes, angeführt von Saudi Arabien, bestünde, und andererseits zur Bildung eines radikalen Lagers, das, mehr aus Not denn aus freiem Willen, scheinbar pro-sowjetisch und anti-amerikanisch wäre. Der von den Sowjets unterstützte Radikalismus stelle eine Bedrohung für die Stabilität und vielleicht sogar für die Existenz der traditionellen und konservativen arabischen Regime dar, auf deren Öl sich derzeit die USA und der Westen insgesamt verließen, um das Wirtschaftswachstum zu fördern.

 Der Wahnsinn, so die Sicht Feisals, sei, dass die vorbehaltlose amerikanische Unterstützung des Zionismus eine Situation schaffe, die die größte potentielle Bedrohung darstelle für den kontinuierlichen Ölfluss, den der Westen so verzweifelt zu einem möglichst günstigsten Preis benötige.

 Die andere Folge, falls der Sowjetunion erlaubt würde, Einfluss auf die arabische Welt zu nehmen: die so geschaffene Situation würde es der zionistischen Entität in Palästina ermöglichen, die bedingungslose Unterstützung aller westlichen Mächte einzufordern mit der Begründung, sie sei die einzig sichere Bastion gegen den Kommunismus in der Region.

 In Feisals Analyse war es oberste Priorität, alles zu tun, was man konnte, um zu verhindern, dass die Sowjetunion Freunde und Einfluss im Nahen Osten gewänne. Wenn das erforderte, dass die Araber eine Art Übereinkunft mit dem Zionismus erzielen mussten, um die Unterstützung Amerikas zu genießen, so sei es halt so – vorausgesetzt, die USA würden die Zionisten verpflichten, eine autonome Entität in Palästina zu akzeptieren zu Bedingungen, die Feisal seinen arabischen Kollegen verkaufen konnte,.

 Als er seine Bereitschaft bekundete, mit Außenminister Marshall nach einem Kompromiss zu suchen, der sowohl auf den Empfehlungen der Mehrheit als auch der Minderheit des Sonderkomitees basierte, ging Feisal davon aus, dass er mit denjenigen auf der Führungsebene der Truman-Regierung gemeinsame Sache machen könne, die eine US-Politik mit dem Ziel eines „Containment“ der Sowjetunion entwickelten.

Er glaubte auch, beim Verhandeln ein Ass im Ärmel zu haben. Es war kein Geheimnis, dass die Teilungsresolution in der Generalversammlung nicht die Unterstützung erhalten würde, die sie benötigte. Weil die Ungerechtigkeit, die sie repräsentierte, so offensichtlich, so skandalös war, dass Zweidrittel der Mitgliedsstaaten keinesfalls für sie stimmen würden.

 Feisal beabsichtigte, Marshall etwa Folgendes zu sagen: “Sollte die Teilungsresolution bei der Abstimmung in der Generalversammlung nicht die notwendige Mehrheit erreichen, so werden wir alle ein Problem mit dem Zionismus bekommen. Das größte Problem aber werden die USA mit dem Einfluss des Zionismus auf die amerikanische Politik haben. Ich kann und werde Ihnen helfen, diese Krise zu entschärfen, aber Sie müssen mir helfen und von den Zionisten verlangen, eine autonome jüdische Entität zu Bedingungen, die ich meinen arabischen Brüdern verkaufen kann, zu akzeptieren.“

Das Treffen mit Marshall, das Feisal wünschte, fand nicht statt. Außenminister Marshall war ein seriöser, guter Mensch von unbedingter Integrität, aber er wusste, dass der Zionismus keinerlei Kompromiss, wie ihn Feisal wahrscheinlich vorschlagen wollte, berücksichtigen würde. Deshalb sah er keinen Sinn darin, den saudischen Prinz zu treffen, um ihm diese Botschaft zu übermitteln.

 Im Kabinett spiegelte Marshalls eigene Ansicht die des Verteidigungsministers Forrestal wieder: Diese Teilung würde, angesichts des arabischen Widerstands dagegen, nach dem Abzug der Briten Chaos in der Region erzeugen. Der einzige Nutznießer sei dabei, abgesehen vom Zionismus, die Sowjetunion. Eigentlich teilten Marshall und Forrestal Feisals Ansicht.

 Das streng geheime Positionsdokument, das die offizielle Ansicht der Regierung in Bezug auf die strategische Bedeutung des arabischen Nahen Ostens darlegte, wurde von Loy Henderson im September 1947 verfasst. Sein Inhalt war folgender:

 „Die Ressourcen und die geografische Lage der arabischen Länder sind so beschaffen, dass diese Länder notwendigerweise Faktoren von Bedeutung für die internationale Wirtschaft sind. Die Freundschaft der Araber ist wesentlich, sofern wir ihre Kooperation benötigen, um einige unserer lebenswichtigen Wirtschaftsprogramme durchzuführen. In den kommenden Jahren planen wir, verstärkt auf die Ressourcen diese Region zurückzugreifen, nicht nur für unseren Gebrauch, sondern auch für den Wiederaufbau Europas. Außerdem beabsichtigten wir, in der Region wichtige Kommunikationseinrichtungen zu nutzen.“

 Henderson vermerkte auch, dass die Vorschläge des Teilungsplans „solche Grundrechte wie Selbstbestimmung und Mehrheitsrecht ignorieren“.

 Weil Henderson das Hauptziel der zionistischen Verunglimpfungskampagne gegen das Außenministerium war, fügte er, als er Marshall das Positionsdokument sandte, eine Notiz hinzu. Diese besagte, ungeachtet der in dem Positionsdokument enthaltenen Ansichten „bemühen sich die Mitarbeiter in meinem Amt, die Entscheidung (den mehrheitlichen Teilungsvorschlag) loyal auszuführen ... und werden auch weiterhin die Entscheidung in einer Weise ausführen, die die Schädigung unserer Beziehungen und Interessen im Nahen-Mittleren-Osten so weit wie möglich minimiert“ (für den Fall, dass der Teilungsplan von der Generalversammlung bewilligt wird).

 Zwei Monate danach, fünf Tage, bevor die Abstimmung über den Teilungsplan erfolgte, verfasste Henderson ein weiteres, streng geheimes Beratungsdokument zur Abwägung durch seine Vorgesetzten. Es besagte: „Mit unserer Palästina-Politik verscherzen wir uns nicht nur die Freundschaft der arabischen Welt, sondern handeln uns eine langfristige arabische Feindschaft ein. Es ist wichtig, dass die Araber nicht das Vertrauen in die Integrität der Vereinigten Staaten und die Aufrichtigkeit unserer vielen Behauptungen verlieren, unsere Auslandspolitik beruhe auf den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen.“

 Ich denke, dass die Ansichten des US-Außenministers und des Verteidigungsministers sowie der verschiedenen Geheimdienste sich zweifellos durchgesetzt hätten, wenn die Zionisten nicht die Karte des Nazi-Holocausts ausgespielt hätten. Die strategischen Interessen der USA – darunter auch die Notwendigkeit, zu verhindern, dass die Sowjetunion Freunde und Einfluss im Nahen Osten gewann – wären an die erste Stelle gerückt und die Teilung Palästinas hätte keine Priorität gehabt. Wenn Marshall frei nach eigenem Gutdünken hätte handeln können, so hätte er einen Gedankenaustausch mit Feisal begrüßt, und wahrscheinlich hätten die beiden das Palästina-Problem so gelöst, dass es den Interessen aller Beteiligten am besten gedient hätte, außer denen der Zionisten und der Sowjetunion.

 Feisals anfängliche Behauptung, was die Stärke der Opposition gegen die Teilungsresolution anbelangt, war richtig. Als Reaktion auf den zionistischen Druck auf die Truman-Regierung wurde die kritische Abstimmung der Resolution zweimal verschoben, weil ihr die erforderliche Zweidrittelmehrheit fehlte.

 Nach der zweiten Verschiebung beschlossen die zionistischen Führer zu tun, was auch immer nötig war, um die notwendige Zweidrittelmehrheit sicherzustellen. Sie waren im höchsten Maße verzweifelt. Ohne die anscheinende Legitimation, die eine UN-Teilungsresolution (falls bewilligt...) dem Zionismus verlieh, war es dem jüdischen Staat nicht möglich, schwere Waffen und Militärtechnik zu importieren, die man benötigte, um den Sieg im kommenden Krieg mit den Arabern zu sichern. Kurzum, es war der Moment der Wahrheit für den Zionismus. Wenn er der UN seinen Willen aufzwingen konnte, würde ein jüdischer Staat gegründet, dessen Ausmaß im Nachhinein auf dem Schlachtfeld entschieden würde. Aber ohne eine Art Geburtsurkunde von der UN war das gesamte zionistische Unternehmen aller Voraussicht nach zum Scheitern verurteilt.

 Wie Lilienthal enthüllte, wurde die “Operation Teilung”, die zionistische Strategie, welche die Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung sichern sollte, von David Niles gelenkt, dem Spitzenmann des Zionismus im Weißen Haus. Seine beiden Mitstreiter bei dieser Aufgabe – Mitverschwörer wäre eine faire Bezeichnung – waren der New Yorker Richter Joseph Proskauer und der Washingtoner Ökonom Robert Nathan. Alle drei Männer besaßen großes Prestige und einen enormen Einfluss, der fast jede Türe öffnen konnte, aber Niles war aufgrund seiner Position und seiner Rolle im Weißen Haus die Schlüsselfigur.

 Die Aufgabe des Trios war, mit Unterstützung anderer außergewöhnlich mächtiger Zionisten und einer politischen Einsatztruppe aus Unterstützern im US-Senat, eine Anzahl anvisierter Regierungen zu überreden, ihre beabsichtigte Stimmabgabe von „Nein“ zu „Ja“ zu ändern, oder wenn das nicht ging, sich der Stimme zu enthalten.

 Bei jeder Unterredung mit Vertretern der angepeilten Regierungen, darunter in einigen Fällen sogar Staatsoberhäuptern, legte das Trio größten Wert darauf zu betonen, dass sie „lediglich als Privatbürger“ sprächen. Sie sprächen nicht im Namen der Truman-Regierung, versicherten sie. Und das entsprach der Wahrheit. Aber denen, die Ziel ihrer Botschaften wurden, konnte man nicht verübeln, dass sie das Gegenteil glaubten. Jeder, der es wissen musste, wusste, dass Niles jemand war, den man als Trumans rechte Hand bezeichnen konnte, und dass Niles effektiv die Dinge im Weißen Haus bezüglich Palästina regelte, wenn der Präsident sich nicht persönlich damit befasste.

 War es denkbar, dass Niles Druck ausübte, ohne zumindest die inoffizielle Zustimmung des Präsidenten zu haben? „Nicht möglich“, dachten diejenigen, die dem Druck unterworfen waren. Aber sie lagen falsch. Besonders Niles demonstrierte jene Summe aller jüdischen Eigenschaften – die „Chutzpah“!

Dieses jiddische Wort hat keine genaue Entsprechung im Englischen. Man sagt normalerweise, es bedeute Unverfrorenheit, aber es ist weit mehr als das. Die vollständige Bedeutung von „Chutzpah“ muss aus alledem herausgezogen werden, was man unter Unverfrorenheit versteht, einschließlich Dreistigkeit (Leichtsinn, unvernünftige Missachtung der Gefahr) Kühnheit, Unverschämtheit, Unverfrorenheit, Respektlosigkeit, Schamlosigkeit,

Impertinenz und Anmaßung. Im Großen und Ganzen ist „Chutzpah“ meiner Meinung nach eine bewundernswerte Eigenschaft, und ich denke, dass Juden einzig und allein wegen ihrer einzigartigen historischen Erfahrung über sie verfügen. Die Rolle, die die Chutzpah zuerst bei der Gründung Israels spielte und dann bei seiner Erweiterung, kann man unmöglich zu hoch veranschlagen. Man könnte sagen, dass in dem einzelnen Wort Chutzpah das gesamte zionistische Unternehmen zusammengefasst ist.

 Nach zwei Verschiebungen wurde die kritische Abstimmung über die Teilungsresolution auf den 29. November vertagt. Trotz ihres Schikanierens und ihrer Erpressung konnten Niles und seine Mitverschwörer nicht völlig auf das Ergebnis vertrauen, bis die Abstimmung in der Generalversammlung tatsächlich erfolgt war.

 An dem Tag, als diese stattfand, gab es 33 Stimmen zugunsten der Teilungsresolution – darunter die der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, 13 dagegen und 10 Enthaltungen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde erreicht, gerade so.

 Großbritannien war einer der 10 Mitgliedsstaaten, die sich der Stimme enthielten. Es wollte nicht für eine Resolution stimmen, die sich nicht für die Unterstützung beider Seiten, sowohl der Juden als auch der Araber von Palästina, aussprach.

 Aber was war die Geschichte hinter der Geschichte? Wie war es den Zionisten und ihren bedingungslosen Unterstützern im US-Senat gelungen, eine „Nein“-Mehrheit in eine „Ja“-Mehrheit umzuwandeln?

 **Wie gelang es den Zionisten und ihren**

**bedingungslosen Unterstützern im US-Senat,**

**eine „Nein“-Mehrheit in eine „Ja“-Mehrheit**

**umzuwandeln? Präsident Truman selbst sprach**

**ziemlich offen über die zionistische Nötigung.**

In seinen Memoiren, die lange nach den Ereignissen veröffentlicht wurden, sprach Präsident Truman selbst ziemlich offen über die zionistische Nötigung. Er schrieb:

 „Tatsache war, dass es nicht nur Druckmaßnahmen rund um die UN gab, wie man sie dort bis dahin noch nie gesehen hatte, sondern sogar das Weiße Haus wurde mit ständigen Vorwürfen bombardiert. Ich glaube, ich war noch nie zuvor solchem Druck und solcher Propaganda ausgesetzt, die auf das Weiße Haus zielte, wie in diesem Fall. Die Impertinenz einiger extremer zionistischer Führer -—die von politischen Motiven getrieben wurden und sich an politischen Drohungen beteiligten—beunruhigte und ärgerte mich.

 Einige schlugen sogar vor, dass wir souveräne Nationen zu günstigem Stimmverhalten bei der Generalversammlung drängen sollten. Ich habe nie Praktiken gebilligt, bei denen die Stärkeren den Schwachen ihren Willen aufzwingen, weder bei Menschen, noch bei Nationen.“

 Politische Drohungen? Das war Trumans Art, zu bestätigen, dass die Zionisten ihn wissen ließen, dass er seine Wiederwahl für eine zweite Amtsperiode vergessen könne, wenn seine Regierung keinen Druck auf die Mitgliedsstaaten ausüben würde, um der Teilungsresolution die erforderliche Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung zu sichern.

 Die zionistische Bedrohung der Wahlaussichten der Demokratischen Partei war auch am Kabinetttisch angesprochen worden. Robert E. Hannegan war der Postminister. Mindestens bei zwei Gelegenheiten übte er Druck auf den Präsidenten aus, Partei für die Zionisten zu ergreifen, um den Fluss der jüdischen Gelder für die Wahlkampagne nicht zu gefährden. Am 4. September, dem Tag, nachdem der UNSCOP-Mehrheitsbericht die Teilung empfahl, sagte Hannegan im Kabinett, die zu Palästina eingenommene Position habe „einen sehr großen Einfluss und große Auswirkungen auf die Geldbeschaffung für das Demokratische Nationale Komitee.” Er erinnerte seine Kabinettkollegen daran, dass man in der Vergangenheit „sehr hohe Summen“ von jüdischen Spendern erhalten habe; und die Spender würden beeinflusst, „diese entweder zu geben oder zurückzuhalten, je nachdem, wie der Präsident im Hinblick auf Palästina reagiere.”

 Am 6. Oktober, als die Zionisten und ihre Unterstützer verlangten, dass die Truman-Regierung „Druck auf souveräne Nationen ausübt, damit diese bei der Abstimmung in der Generalversammlung zu ihren Gunsten stimmen“, hob Hannegan erneut im Kabinett die Bedeutung der jüdischen Gelder für die Wahlkampagne hervor. Er wies darauf hin, dass viele, die sich in der Vergangenheit an der demokratischen Wahlkampagne beteiligt hätten, „nun massiv auf die endgültige Zusicherung drängten, dass die Regierung die jüdische Position zu Palästina unterstütze.“ Bei der Gelegenheit zitierte Forrestal den Präsidenten, der Hannegan gesagt habe, er glaube, dass alles in Ordnung ginge, wenn diejenigen, die ihn drängten, sich ruhig verhielten. Aber „wenn sie auf ihrem Versuch beharrten, den Rahmen des Berichts der UN-Kommission zu sprengen, bestünde die ernsthafte Gefahr, sämtliche Aussichten auf eine Lösung zu zerstören.” Hannegan drängte den Präsidenten immer noch, den Zionisten die definitive Zusicherung seiner Unterstützung zu geben. Truman war, wie Forrestal anmerkte, “unnachgiebig”- das heißt, er weigerte sich, eine solche Zusicherung zu geben.

 Trumans Behauptung, seine Regierung setze auf der Führungsebene keine anderen Regierungen unter Druck, ihre Stimmen von „Nein“ in „Ja“ umzuwandeln, entsprach der Wahrheit. Was viele UN-Delegierte der Truman-Regierung verständlicher-, jedoch fälschlicherweise anlasteten, war der Druck, der von einer politischen Einsatztruppe aus 26 pro-zionistischen US-Senatoren ausgeübt wurde, die ihr Bedarf an jüdischen Stimmen und Geldern für ihre Wahlkampagnen umtrieb. Sie koordinierten ihre Aktivitäten mit Niles und seiner inoffiziellen „Privatbürger“-Gruppe.

 Die pro-zionistischen Senatoren und ihre Verbündeten peilten die Regierungen nicht-muslimischer Staaten an, die auf die amerikanische Unterstützung in wirtschaftlicher und anderer Hinsicht angewiesen waren. Frankreich zum Beispiel wurde aufgefordert, sich seine Zukunft ohne die wirtschaftliche Unterstützung, die es durch den Marshallplan erhalten sollte, vorzustellen. Baruch war der Überbringer dieser Botschaft an die Franzosen. (Durch den ehemaligen Botschafter William Billitt übte Baruch auch Druck auf China aus).

 Von allen Manövern der senatorischen Eingriffstruppe war das effektivste ein Telegramm, das von allen 26 unterzeichnet war und wenige Tage vor der Abstimmung an die Vertreter von 12 UN-Delegationen gesandt wurde. Es verhalf dazu,  vier „Nein“-Stimmen in „Ja“-Stimmen umzuwandeln und entscheidende sieben „Nein“-Stimmen zur Enthaltung zu bewegen. Von den 12 riskierte nur Griechenland, sich gegen den US-Senat zu stellen und bei seiner „Nein“-Stimme zu bleiben.

 Aber immer noch war keine Zweidrittelmehrheit erreicht. Kalkulationen der Zionisten in letzter Minute zeigten an, dass weitere drei „Nein“-Stimmen in „Ja“-Stimmen geändert werden mussten. Die Länder, die sie erneut ins Visier nahmen, um ihnen den letzten Anstoß dazu zu geben, waren Liberia, die Philippinen und Haiti.

 Um Liberias beabsichtigte „Nein“-Stimme in eine „Ja“-Stimme zu verwandeln, suchte und erwarb das Trio die Dienste Harvey Firestones von der Firestone Tyre & Rubber Company (Reifen- und Gummifirma). Diese besaß eine umfangreiche Kautschuk-Konzession in Liberia. Damals war Kautschuk die Hauptquelle des nationalen Wohlstands Liberias.

 Westafrika liegt unten an der Ausbuchtung des Kontinents. Liberia war ein sehr bemerkenswertes Land. Es war von amerikanischen Philanthropen gegründet worden, die Westafrika evangelisieren und eine dauerhafte Heimat für befreite amerikanische Negersklaven finden wollten. Sie begannen die Wiederbesiedlung des Kontinents ihrer Ahnen im Jahre 1818. Nachdem Liberia 1847 Afrikas erste Republik geworden war (und viele Jahre auch blieb), wurde es ein Vorbild für Stabilität und Kontinuität der Regierung. Im Jahre 1927 schloss die Firma Firestone mit der Regierung Liberias einen Leasing-Vertrag auf 99 Jahre über eine 100.000 Acre große Kautschukplantage. Vor und während des Zweiten Weltkrieges spielte die Firma Firestone in Liberias Wirtschaft aufgrund ihres großen Anteils an Im- und Exporten eine große Rolle. Die Firma Firestone war der größte einzelne Arbeitgeber in dem Land. Seine Regierung erzielte ihre Haupteinkünfte aus Dividenden und Lizenzgebühren, die ausländische Unternehmen zahlten, im Fall von Firestone aus Gebühren, die für die Kautschuklizenz gezahlt wurden. Wahrscheinlich hatte kein Außenstehender größeren politischen Einfluss auf die liberische Regierung als Harvey Firestone. Im Auftrag des Trios bat Nathan diesen Harvey Firestone, seinen Einfluss geltend zu machen - im Interesse des Zionismus.

 **Die Regierung Liberias wurde nicht im Zweifel darüber**

**gelassen, dass ihre Einnahmen aus dem Kautschuk**

**darunter leiden würden, wenn sie nicht das tat, was**

**die Firma Firestone wollte.**

 Harvey Firestone sprach persönlich mit der Regierung Liberias und sandte dann eine Botschaft an den Hauptvertreter seiner Firma in dem Land. Er gab ihm die Anweisung, auf eine Abstimmung zugunsten der Teilungsresolution zu drängen. Die Regierung von Liberia wurde nicht darüber im Zweifel gelassen, dass ihre Einnahmen durch den Kautschuk in Mitleidenschaft gezogen würden, wenn sie nicht das tat, was die Firma Firestone wollte.

 Der Mann, der entdeckte, wie die Firma Firestone benutzt wurde, um Liberia einzuschüchtern, war Unterstaatssekretär Lovett. Er informierte sowohl Außenminister Marshall als auch Verteidigungsminister Forrestal über das, was er wusste. Forrestal notierte, was Lovett ihm sagte, in seinem Tagebuch.

Die anfängliche „Nein“-Haltung der Philippinen hätte nicht noch eindeutiger sein können. In der Generalversammlung am 26. November, drei Tage vor der Abstimmung, gab der Vorstand der Delegation der Philippinen, der Kriegsheld General Carlos Romulo, folgende telefonische Erklärung ab: “Ich werde die fundamentalen Rechte eines Volkes, über seine politische Zukunft zu entscheiden und die territoriale Integrität seines Geburtslandes zu bewahren, verteidigen!“

 Die Zionisten fürchteten, dass Romulo andere Delegierte beeinflussen könnte, und drückten ihren Panik-Knopf. So fand sich der Kriegsheld der Philippinen selbst als Opfer von Drohungen wieder. Die Tatsache, dass er die nächste Maschine zurück nach Manila nahm und den Ständigen Vertreter der Philippinen, Botschafter Elizalde, dort ließ, um die „Nein“-Stimme abzugeben, könnte bedeuten, dass Romulo glaubte, in New York sei sein Leben in Gefahr.

 Während sich Romulo auf dem Rückflug nach Manila befand, wurde der Präsident der Philippinen, Manuel Roxas, informiert, dass sein Land zu viel zu verlieren hätte, wenn es die USA verärgere. Infolgedessen – und wie aus einem ausführlichen Telegramm des amerikanischen Botschafters in Manila an seine Regierung hervorgeht, führte Präsident Roxas ein langes Telefongespräch mit Botschafter Elizalde. Roxas fragte Elizalde nach seiner Meinung.

**Unter dem massiven Druck der Senatoren**

**und angesichts von sieben Gesetzesvorlagen,**

**die die Philippinen betrafen und vom Kongress**

**noch bewilligt werden mussten, knickten die**

**Philippinen ein. Haiti wurde unter Druck gesetzt,**

**indem man Trumans Namen benutzte, allerdings**

**ohne dessen Wissen. Nur Niles, der Spitzenmann**

**des Zionismus im Weißen Haus, konnte es wagen,**

**sich auf die Autorität des Präsidenten zu berufen.**

 Elizalde war einer der Empfänger des Telegramms der 26 Senatoren und war daher sehr beunruhigt. Er hatte auch „Botschaften“ zweier amerikanischer Richter erhalten, der Richter Frankfurter und Murphy, die ihn massiv drängten, für die Teilung zu stimmen. Elizalde sagte seinem Präsidenten, die Teilung Palästinas sei kein weiser Schritt, aber... die USA seien entschlossen, dafür zu sorgen, dass dies geschehe, und es wäre dumm, gegen die USA zu stimmen, zu einer Zeit, wo sieben Gesetzesvorlagen im Kongress in Bearbeitung seien, an denen die Philippinen ein wesentliches Interesse hätten.

 Es war Präsident Truman persönlich, der die beste zusammenfassende Erklärung abgab, wie der Präsident von Haiti überredet wurde, seine Meinung zu ändern im Hinblick auf das Abstimmungsverhalten seines Landes zur Teilungsresolution. Am 11. Dezember, zwölf Tagenach der Abstimmung, teilte ein ärgerlicher Truman Lovett in einem Memorandum Folgendes mit:

 „Ich habe einen Bericht aus Haiti, der besagt, dass unser Konsul in Haiti den Präsidenten dieses Landes kontaktiert und vorgeschlagen hat, er solle seinem Land zu seinem eigenen Wohl befehlen, die Abstimmung zu ändern. Er behauptete, er habe von mir Instruktionen erhalten (meine Hervorhebung, A.H.), dem Präsidenten Haitis diese Aussage zu übermitteln.“

 Es sei vollkommen klar, fügte das Memorandum hinzu, „dass es Interessengruppen gelingen wird, die Vereinten Nationen überflüssig zu machen, wenn diese Praktiken fortgesetzt werden.”

 Wer hätte gewagt, den amerikanischen Konsul in Haiti aufzufordern, eine solche Drohung auszusprechen? Wer hätte über genügend Glaubwürdigkeit verfügt, damit der Konsul ihm die Behauptung abnahm, er übermittle eine Anordnung von Präsident Truman? Die wahrscheinlichste Antwort ist, wie mir scheint: Niles. Der Konsul wusste, dass Niles die „Weiße Haus-Palästina-Show“ leitete, wenn Präsident Truman nicht anwesend war.

 **Haiti wurde im Namen Trumans unter Druck**

**gesetzt, ohne dass dieser davon wusste. Nur Niles,**

**der Top-Zionist im Weißen Haus, konnte das wagen.**

 Der offizielle Bericht der Tagung der Generalversammlung spiegelt den Druck wieder, dem die Delegierten ausgesetzt waren, damit sie ihre Stimmen von „Nein“ zu „Ja“ umwandelten.

 Libanons Camille Chamoun appellierte an seine Delegiertenkollegen, zu bedenken, welchen Schaden die Vereinten Nationen davontrügen, wenn die demokratischen Methoden aufgegeben würden. Er sagte:

 „Meine Freunde, bedenkt die demokratische Methode, die Freiheit der Wahl, die jeder unserer Delegationen heilig ist. Wenn wir diese für das tyrannische System aufgeben, das jede Delegation in Hotelzimmern, im Bett, auf den Fluren und in Vorzimmern überfällt, ihr mit wirtschaftlichen Sanktionen droht oder sie mit Versprechungen besticht, damit sie auf die eine oder andere Art abstimmt, bedenkt, was dann in Zukunft aus unserer Organisation wird.“

 Und Ägyptens Delegierter, Mahmoud Fawzi, nahm kein Blatt vor den Mund:

 „Lassen Sie uns offen der ganzen Welt sagen, dass eine Mehrheit der Vereinten Nationen trotz des Drucks, der auf Delegierte und Regierungen ausgeübt wurde, damit diese zugunsten der Teilung abstimmen, die Verletzung der Grundsätze der Charta nicht dulden kann.“

Alle Delegierten der Mitgliedsstaaten waren sich bewusst, dass einige Scheine die Besitzer gewechselt hatten. Einer der lateinamerikanischen Delegierten nahm ein Bestechungsgeld in Höhe von 75.000 US-Dollar an, um statt mit „Nein“ doch mit „Ja“ zu stimmen. Und der Delegierte von Costa Rica erzählte später beim Essen die Geschichte, wie er, nachdem er ein Bestechungsgeld von 45.000 US-Dollar ausgeschlagen hatte, angewiesen wurde, seine Abstimmung zu ändern. Die eindeutige Schlussfolgerung war, dass eine höherrangige Person aus der Delegation von Costa Rica eine höhere Bestechungssumme angenommen hatte.

**Die Teilungsresolution wäre von der**

**Generalversammlung nicht angenommen**

**worden, wenn alle Mitglieder der Vereinten**

**Nationen hätten frei abstimmen können.**

 Man kann, ohne Widerspruch zu befürchten, behaupten, dass die Teilungsresolution von der Generalversammlung nicht angenommen worden wäre, wenn alle Mitglieder der Vereinten Nationen hätten frei abstimmen können.

 Unmittelbar nach der Abstimmung drückte Sir Muhammed Zafrullah Khan, Pakistans Außenminister und Vorsitzender der Delegation seines Landes bei der Sondersitzung der Generalversammlung, die Gefühle der echten Mehrheit aus. Er sagte:

 „Die Teilung entbehrt jeder Gültigkeit. Wir hegen keinen Groll gegenüber jenen unter unseren Freunden und Kollegen, die durch massiven Druck dazu gezwungen wurden, die Seiten zu wechseln und ihre Stimme zugunsten eines Vorschlags abzugeben, an dessen Gerechtigkeit und Fairness sie selbst nicht glauben. Unser Gefühl ihnen gegenüber ist eines der Sympathie, dass man sie in einen solchen Zwiespalt zwischen ihrem Urteil und ihrem Gewissen einerseits und dem Druck, dem sie und ihre Regierungen ausgesetzt waren, andererseits, gebracht hatte.“

Die Delegierten und Regierungen der Länder, die auf die eine oder andere Weise dazu gebracht wurden, ihre Stimme von „Nein“ zu „Ja“ zu ändern oder sich ihrer zu enthalten, waren überzeugt, dass die gesamte Institution der amerikanischen Regierung für die Kampagne der Einschüchterung und Bedrohung verantwortlich war, welche die erforderliche Zweidrittelmehrheit sichern sollte. Das war jedoch nicht der Fall. Es gibt mehr als genug Beweise in den Aufzeichnungen, die die Ansicht stützen, dass die Truman-Regierung auf Exekutiv-Ebene - der Präsident und seine Kabinettkollegen - die Regeln einhielt und niemals Druck auf Mitgliedsregierungen ausübte. Der Druck wurde von den Zionisten und ihren Handlangern im US-Senat eingesetzt. Da 26 Senatoren in die zionistische Verschwörung involviert waren, schien es sich um eine institutionelle amerikanische Verschwörung zu handeln, was sie jedoch nicht war.

 In den darauffolgenden Jahrzehnten beklagte Israel sich häufig (und das bis heute), die Generalversammlung der Vereinten Nationen sei anmaßend und ihm gegenüber extrem feindlich gesinnt. Wenn mein Freund Chaim Herzog noch lebte – der ehemalige „DMI“ war eine Zeit lang Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen – würde ich ihm die Frage stellen: „Ist es wirklich so verwunderlich, dass der zionistische Staat nur so wenig Freunde in der UNO hat?“

 Als Lovett Forrestal am 1. Dezember berichtete, wie die Zionisten ihren Sieg in der Generalversammlung errangen, sagte er: “Der Eifer und die Aktivitäten der Juden hätten beinahe dazu geführt, die zionistischen Ziele, die sie anstreben, zunichte zu machen.” **[[27]]** (Wie wir später in diesem Kapitel sehen werden, führten der Eifer und die fortgesetzten Aktivitäten der Zionisten beinahe zu dem Verlust von Präsident Trumans Unterstützung. Das verursachte eine nie dagewesene Krise für den Zionismus und letztendlich für Truman selbst.)

 **Die Verwicklung der 26 Senatoren**

**in die zionistische Verschwörung erweckte**

**den Anschein, es handele sich um eine**

**institutionelle amerikanische Verschwörung,**

**die es jedoch in Wirklichkeit nicht war.**

 Als Forrestal Lovetts Kommentare in sein Tagebuch notierte, fügte er hinzu:

„Ich bemerkte, dass viele umsichtige Menschen jüdischen Glaubens große Bedenken hatten, ob es klug sei, dass die Zionisten Druck wegen eines jüdischen Staates in Palästina ausübten, und ich bemerkte auch, dass die New York Times-Ausgabe von Sonntagmorgen diese Bedenkenunterstrich, indem sie schrieb: ‚Viele von uns hegten lange Zeit Zweifel... ob es klug sei, einen politischen Staat auf der Basis eines religiösen Glaubens zu errichten.‘ Ich sagte, ich dächte, die Entscheidung berge eine große Gefahr für die zukünftige Sicherheit dieses Landes.“

 Zu der Zeit, da die Zionisten und ihre Unterstützer im US-Senat der Generalversammlung ihren Willen aufzwingen wollten, war Dean Rusk für das Außenministerium als Leiter des Büros für Angelegenheiten der Vereinten Nationen tätig. Monate später, hinter verschlossenen Türen, fand er genau die richtigen Worte, um die Verwicklung in das, was geschehen war, zu erklären. Er sprach auf einem Treffen der amerikanischen Repräsentanten der UN-Organisationen aus dem ganzen Land. Er sagte, es entspräche tatsächlich der Wahrheit, dass die USA niemals „Druck auf Mitgliedsländer der UN ausübten“, aber „einige nicht autorisierte Beamte und Privatpersonen haben gegen Sitte und Moral verstoßen und sich über das Gesetz hinweggesetzt.“ Folglich sei, wie Rusk seinen Zuhörern klagte, die Entscheidung der Generalversammlung “jeglicher moralischer Kraft beraubt worden, die sie anderenfalls gehabt hätte.“

 Nun war es die Aufgabe der UN, ohne rechtliche oder moralische Befugnis, den Teilungsplan umzusetzen.

 Nur eine einzige Sache war sicher: Großbritannien würde am 14. Mai 1948 um Mitternacht Palästina verlassen. Das, so hatte die Generalversammlung beschlossen, war der Zeitpunkt, ab dem das britische Mandat enden und der Teilungsplan in Kraft treten sollte, vorausgesetzt, er konnte umgesetzt werden. Was in den sechs Monaten nach Bewilligung des Teilungsplans durch die Generalversammlung und nach Großbritanniens Rückzug aus dem Heiligen Land tatsächlich geschehen würde, war völlig offen.

 Die offizielle arabische Ablehnung der Teilungsresolution wurde von Prinz Feisal in einer Stellungnahme bei der Generalversammlung sofort nach der Abstimmung bekanntgegeben. Er sprach über den Druck, der angewandt worden war, um die Zweidrittelmehrheit zu sichern und sagte dann: “Aus diesen Gründen bringt die Regierung von Saudi Arabien bei dieser historischen Gelegenheit die Tatsache zum Ausdruck, dass sie sich nicht an die Resolution, die heute von der Generalversammlung angenommen wurde, gebunden fühlt.“**[[30]]**

 In der gesamten arabischen Welt setzten die Regierungen große Hoffnungen darauf, dass der Teilungsplan nicht umgesetzt werden konnte und auch nicht umgesetzt würde, weil die Gesamtheit der Araber sich ihm widersetzte.

**Die Entscheidung der Generalversammlung**

**war „jeglicher moralischer Kraft beraubt worden,**

**die sie andernfalls gehabt hätte“.**

Die arabischen Führer wären erleichtert gewesen, wenn sie gewusst hätten, dass bei Präsident Truman Zweifel aufkamen, ob der Teilungsbeschluss klug und praktikabel sei. Zumindest teilweise erkannte er, dass Außenminister Marshall und Verteidigungsminister Forrestal Recht hatten, wenn sie argumentierten, die Gründung eines jüdischen Staates läge angesichts der Opposition der Araber und der ganzen muslimischen Welt nicht in Amerikas eigentlichem Interesse.

 Am 2. Dezember 1947 deutete Truman seine wachsende Ungeduld mit den Zionisten an in einem Brief an einen der einflussreichsten Juden in Amerika, Henry Morgenthau junior. Truman schrieb:

 „Ich wünsche, dass Sie all Ihre Freunde, die am Wohl der Juden in Palästina interessiert sind, warnen. Jetzt ist die Zeit der Zurückhaltung und Vorsicht beim  Umgang mit der zukünftigen Situation, damit eine friedliche Regelung möglich wird. Die Abstimmung in der UN ist nur der Beginn, und die Juden müssen nun Toleranz und Rücksicht gegenüber anderen Völkern in Palästina üben, mit denen sie zwangsläufig als Nachbarn leben müssen.“

Neun Tage später sandte ein wütender Truman das Memorandum an Lovett – dasselbe, bei dem der Präsident sagte, er wisse, dass Haiti seine Wahlstimme geändert habe, weil dessen Präsident bedroht wurde. Aber nur loszuwerden, was er über die schmutzigen Tricks des Zionismus zur Sicherstellung der Zweidrittelmehrheit wusste, war nicht Trumans Hauptziel, als er dieses besondere Memorandum absandte. Er wollte, zwei Wochen nach der Abstimmung in der Generalversammlung, die Anweisung erteilen, dass niemand in seiner Regierung während der anhaltenden Diskussionen in der UN bezüglich der Umsetzung des Teilungsplans irgendeine Präferenz zu Palästina zum Ausdruck bringen sollte. Das Ausmaß von Präsident Trumans Sorgen bezüglich der Aktivitäten der Zionisten und ihrer Unterstützer kann man diesem Satz entnehmen: „Mir scheint, falls unsere Delegation in der UNO von Mitgliedern des US-Senats sowie Gruppen, die in diesem Land Druck ausüben, beeinflusst wird, dann tragen wir dazu bei, die Vereinten Nationen scheitern zu lassen

Am 21. Januar gab Lovett Forrestal Einblick in den Entwurf eines Dokumentes, das der Planungsstab des Außenministeriums vorbereitet hatte. Seine Schlussfolgerung war, dass die Teilung nicht „praktikabel“ sei. Es besagte auch, dass die USA keinerlei Verpflichtung hatten, den Teilungsplan zu unterstützen, wenn dieser nicht ohne Gewaltanwendung umgesetzt werden könnte.

 In dem Gespräch, das sie bei dieser Gelegenheit führten, äußerte der Verteidigungsminister seine Erkenntnis, dass das Außenministerium „durch Niles Aktivitäten im Weißen Haus, der bei Angelegenheiten, die Palästina betrafen, (im Auftrag des Zionismus) direkt zum Präsidenten ging, ernsthaft in Schwierigkeiten gebracht und behindert wurde.“

 Verteidigungsminister Forrestal war über die Aussicht auf Gewalt bei der Umsetzung des Teilungsplans besorgt. Am Abend des 29. Januars traf er sich mit Beamten des Außenministeriums. Sie versicherten, die Abstimmung der Generalversammlung zugunsten der Teilung laufe lediglich auf eine Empfehlung heraus und sei keine endgültige Entscheidung der UNO.

Sie sagten auch, dass die amerikanische Unterstützung der Resolution der Generalversammlung „auf der Voraussetzung basierte, dass sie sich als gerecht und umsetzbar erweisen würde”.

 Keins von beiden war der Fall. Forrestal stellte daher die naheliegende Frage: „Gibt es nicht bereits genügend Beweise zugunsten einer Stellungnahme, dass die Nicht-Durchführbarkeit der vorgeschlagenen Lösung eine erneute Überprüfung rechtfertigt?“

 Daraufhin entschied Außenminister Marshall, die ehrliche Antwort sei „Ja“. Eine erneute Prüfung der US-Strategie wurde anberaumt. Sie sollte geheim durchgeführt werden, aber die Effizienz des zionistischen Gegenspionage-Netzwerks, mit Niles im Weißen Haus am Knotenpunkt, sollte dies zu einer „Mission impossible“ machen.

 Das erste offizielle Anzeichen dafür, dass sie alle den Weg zum Scheitern eingeschlagen hatten, kam am 16. Februar 1948. An diesem Tag übermittelte die Palästina-Kommission den Vereinten Nationen ihren Bericht an den Sicherheitsrat (dem obersten Entscheidungsgremium der Welt, das von fünf ständigen Mitgliedern geleitet wird: den USA, Großbritannien, Frankreich, der Sowjetunion und China, jedes mit einem Vetorecht). Die Palästina-Kommission war von der Generalversammlung ernannt worden, damit sie den Teilungsplan umsetzte.

 **Die UN-Palästina-Kommission warnte**

**den Sicherheitsrat, dass die Übergabe**

**der Macht durch Großbritannien an**

**die im Teilungsplan vorgeschlagenen**

**arabischen und jüdischen Staaten zu**

**einer Zeit der Konflikte und der Gewalt**

**führen würde.**

In ihrem unverblümten Bericht an den Sicherheitsrat äußerte die Palästina- Kommission, sie fürchte, der 15. Mai leite die „Ära eines breit gefächerten, unkontrollierten Konfliktes und des Blutvergießens ein“. Es gäbe keine Hoffnung auf eine friedliche Machtübergabe von Großbritannien an die vorgeschlagenen arabischen und jüdischen Staaten des Teilungsplans. Die Durchsetzung erfordere deshalb „Militärkräfte der gleichen Stärke“. Mit anderen Worten, falls der Teilungsplan umgesetzt werden sollte, müsse dies mit Gewalt geschehen.

 Die Frage, die sich sofort stellte, war dieselbe, für die das Unterkomitee 2 zum Ad-Hoc-Komitee zur Palästina-Frage vom Generalsekretär wollte, dass er den internationalen Gerichtshof kontaktierte: „Hatten die Vereinten Nationen die rechtliche Befugnis, den Teilungsplan anzuordnen?“ Und das wirft eine noch wichtigere Frage auf: „Mit oder ohne rechtliche Befugnis, hatte der Sicherheitsrat überhaupt den Willen, dies zu tun?“

 Wie wir gesehen haben, hatte das Ad-Hoc-Komitee den Resolutionsentwurf mit 21 zu 20 Stimmen zurückgewiesen und den Generalsekretär angewiesen, die Meinung des internationalen Gerichtshofs einzuholen. In diesem Fall wurde die Angelegenheit jedoch nicht weiterverfolgt, weil sie politisch zu brisant zu handhaben war – da dies die Wahrscheinlichkeit für die Truman-Regierung erhöhte, „Nein“ zur zionistischen Forderung nach einem jüdischen Staates sagen zu müssen. Nun mussten beide Fragen beantwortet werden. Und das ließ im gesamten Staats- und Verteidigungsministerium sowie dem Nationalen Sicherheitsrat (NSC) die Alarmglocken läuten.

 Die ausschlaggebende Frage hierbei war: „Würde Präsident Truman tun, was gesetzlich und moralisch richtig und sowohl im eigenen nationalen Interesse, als auch in dem des Westens lag? Oder würde er vor dem Zionismus kapitulieren, in erster Linie aus innerpolitischen Gründen, aber vielleicht auch aus der Befürchtung heraus, der Zionismus könnte sich, wenn er vom Westen nicht die erforderliche Unterstützung bekäme, der Sowjetunion in die Arme werfen?

 Am 19. Februar stimmten die Geheimdienste der US-Regierung, die Armee, die Marine und die Luftwaffe einem Bericht zu, den die CIA vorbereitet hatte. Er betonte die strategische Bedeutung des Nahen Ostens und seiner ungenutzten Ölquellen. Dieser Bericht wurde damals zur Basis einer Bewertung des NSCs, die zuerst Verteidigungsminister Forrestal übermittelt wurde. Die Bewertung des NSCs besagte, dass ein Aufruhr in Palästina „akut die Sicherheit der USA gefährdet“.

**Die Geheimdienste der US-Regierung,**

**die Armee, die Marine und die Luftwaffe**

**stimmten einem Bericht zu, den die CIA**

**vorbereitet hatte. Er betonte die strategische**

**Bedeutung des Nahen Ostens und seiner**

**ungenutzten Ölquellen.** **Dies führte zu der**

**NSC-Bewertung, dass ein Aufruhr in Palästina**

**„die Sicherheit der USA akut gefährdete.“**

 Zur gleichen Zeit hatte der Planungsstab des Außenministeriums unter George Kennan, der später Botschafter in der Sowjetunion und eine Legende wurde, seine eigene Bewertung vollendet. Sie betonte die Notwendigkeit, „das Gebiet davor zu bewahren, unter sowjetischen Einfluss zu geraten.“ Die vollständige Bewertung beinhaltete dies:

 „Wenn wir keine ziemlich radikale Wende der bisherigen Tendenz unserer Strategie bewirken (Unterstützung des Teilungsplans), werden wir uns entweder in der Lage befinden, militärisch für den Schutz der jüdischen Bevölkerung in Palästina gegen die erklärte Feindschaft der arabischen Welt verantwortlich zu sein, oder die Verantwortung mit den Russen teilen und somit zu ihrer Installierung als eine der Militärmächte der Region beitragen. Auf jeden Fall wird die Klarheit und Effizienz einer fundierten nationalen Politik für diese Region zunichtegemacht.“

Am 21. Februar sandte Marshall ein ausführliches „EIL- und GEHEIM“-Telegramm an Truman. Zu der Zeit weilte der Präsident an Bord der Williamsburg in der Karibik.

 In diesem Telegramm legte Marshall ausführliche Optionen für die US-Politik dar, für den Fall, dass der Sicherheitsrat nicht in der Lage wäre, „der Resolution für Palästina Rechtskraft zu verleihen“ und unfähig, „eine alternative Lösung zu entwickeln, die für die Juden und Araber Palästinas gleichermaßen akzeptabel ist.“

Marshall stellte fest, es gäbe drei Optionen:

(1) Aufgabe des Teilungsplans.

(2) Rigorose Unterstützung seiner Umsetzung, einschließlich der Gewaltanwendung.

(3) Rückgabe an die Generalversammlung zur erneuten Überprüfung der gesamten Frage.

 Marshalls Arbeitsthese war, dass Präsident Truman sich für die dritte Option entscheiden würde – und müsste. Warum?

 Die erste Option – den Teilungsplan aufzugeben – hätte erfordert, dass der Präsident unmissverständlich „Nein“ zu einem unabhängigen jüdischen Staat sagte. Und das hätte schnurstracks zu einer heftigen Konfrontation mit dem Zionismus und dessen Lobby geführt. Das Ergebnis einer solchen Konfrontation war unvorhersehbar, aber es würde mit Sicherheit sowohl das Scheitern des Präsidenten, im Falle einer Kandidatur für eine zweite Amtszeit, als auch das Scheitern vieler Demokraten, die sich zur Wahl oder Wiederwahl für beide Kongresshäuser stellten, beinhalten. Dieser Präsident könnte zwar willig sein, politischen Selbstmord zu begehen, aber er würde nicht riskieren, den Wahlchancen seiner Partei größeren Schaden zuzufügen.

 Außerdem bestand die Möglichkeit, dass die Zionisten in Palästina, wenn sie glaubten, Amerika habe sie verraten, zur sowjetischen Karte greifen würden – entweder bloß, um sich eine (gute) Position beim Verhandeln mit den USA zu schaffen, oder um sie tatsächlich auszuspielen. Es war kein allzu großes Geheimnis, dass einige der Zionisten Amerika abservieren und mit der Sowjetunion zusammenarbeiten wollten. Es bestand auch die Möglichkeit, dass die Truman-Regierung das, was zum kalten Krieg werden sollte und worauf sie sich auf exekutiver Ebene vorbereitete, nicht ignorieren konnte, zumal sie wusste, dass die Sowjetunion Ben Gurions „Jewish Agency“ (Jüdische Agentur) für sich gewinnen wollte.

 Marshall wusste, dass die zweite Option – der Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung des Teilungsplans – aus mehreren Gründen nicht in Frage kam.

 Einer war, dass Präsident Truman öffentlich versichert hatte, er werde keine amerikanischen Truppen nach Palästina senden. In der Theorie konnte er diese Verpflichtung umgehen, wenn die Truppen Teil einer internationalen Streitkraft (UN) wären, welche die Teilung durchsetzte. Aber es gab andere Überlegungen.

 Die einstimmige Meinung des amerikanischen Militärs war, dass die USA nicht in der Lage waren, Truppen für eine internationale Streitkraft zu verpflichten. Die Militärspitze hatte kalkuliert, der Präsident müsse, wenn mehr als 15.000 amerikanische Truppen (eine Division) für eine internationale Streitkraft erforderlich wären, eine Teilmobilisierung erklären.

Und dann war da noch die Tatsache, dass Präsident Truman selbst die Bildung einer internationalen Streitmacht zur Durchsetzung der Teilung Palästinas kategorisch ablehnte, aus zwei strategischen Gründen. Einer war, dass dies nicht ohne die Billigung und Teilnahme der Sowjetunion geschehen konnte, und Truman wollte keinesfalls die kommunistische Supermacht in die unter Umständen strategisch bedeutendste Region der Welt einladen. Der zweite war, dass Präsident Truman jede Verpflichtung ablehnte, die amerikanische Truppen auf Palästina festlegte. Wenn er darauf einging, blieben ihm nicht genügend Streitkräfte, um, falls erforderlich,  mit Europas ungelösten Nachkriegsproblemen fertig zu werden (Trumans Lösung für diese war, durch den kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei wieder Verstärkung zu bekommen. Ein streng geheimes Telegramm von General Lucius Clay, dem US-Militärgouverneur in Berlin folgte. Clay brachte seine Befürchtungen zum Ausdruck, dass die Sowjetunion im Begriff sei, Vorbereitungen zu großem Unheil zu treffen, einschließlich eines Krieges in Europa. Forrestal notierte, dass Clays Botschaft „mit der Kraft einer Blockbuster-Bombe einschlug.“)

 Die dritte Option – Rückgabe an die Generalversammlung—hätte erfordert, dass die USA ihrerseits die Führung mit einem eigenen Vorschlag übernahmen. Welcher sollte das sein? Wenn es dem Sicherheitsrat nicht möglich war, den Teilungsplan umzusetzen, „wäre offensichtlich“, sagte Marshall in seinem Telegramm vom 21. Februar, „dass Palästina noch nicht bereit für die Selbstverwaltung ist.” In diesem Fall sei eine Art UNO-Treuhandschaft für einen weiteren Zeitabschnitt notwendig.

 Jedoch wurde verschleiert, dass die dritte Option war, den Teilungsplan zu verschieben.

 Marshalls Telegramm enthielt einen Arbeitsentwurf über das Procedere, das befolgt werden musste. Es schloss eine Diskussion im Sicherheitsrat unter Leitung von Senator Warren Austin, Amerikas Botschafter bei der UN, ein. Falls die Diskussion ergeben sollte, dass der Sicherheitsrat nicht fähig war, den Teilungsplan umzusetzen, bestand die Absicht, dass Austin auf Anordnung eine Stellungnahme abgeben sollte. Darin würde er dafür plädieren, dass das Palästina-Problem zurück an die Generalversammlung transferiert und ein Resolutionsentwurf der USA eingereicht werden sollte (um die verschobene Teilungsresolution zu ersetzen) zugunsten „ einer zeitweisen Treuhandschaft für Palästina unter dem Treuhandrat der UN.”

 Bei dem Szenario unterstrich Marshall dem Präsidenten gegenüber, dass Austins Bekanntgabe die erste öffentliche Ankündigung der Truman-Regierung im Hinblick auf die Wende ihrer Palästina-Politik sei.

 Trumans Antwort an Marshall am 22. Februar war kurz und bündig. “Ihren Arbeitsentwurf der empfohlenen Grundhaltung für die Sicherheitsrats-Diskussion erhalten. Prinzipiell bewillige ich diese Grundhaltung.”

 Marshall war sich voll bewusst, dass er als erster ins Visier einer zionistischen Schmäh-Kampagne und möglicherweise Schlimmerem geraten würde, falls bzw. sobald Austin angewiesen wurde, die Wende der amerikanischen Politik zu veröffentlichen. Um den Botschafter ein Höchstmaß an Mut zuzusprechen, bevor „die Kacke am Dampfen war“, sandte Marshall ihm eine bemerkenswerte Botschaft. Es war die Art des Außenministers zu sagen: „ Was auch immer geschieht, vertrau mir. Ich werde auf jeden Fall hinter dir stehen, egal, was passiert.“ Die Botschaft enthielt auch eine klare Aussage zu Marshalls eigenem Moralkodex. Sie besagte:

 „Soweit das Außenministerium und ich betroffen sind, aber vor allem, soweit ich betroffen bin, ist es meine Absicht, in dieser hoch emotionalen Zeit der Bitternis und gewalttätigen Angriffe, dafür zu sorgen, dass von Seiten des Außenministeriums nichts getan wird, um das Handeln seiner Delegierten in der UN zu beeinflussen, weder als Reaktion auf militärische, noch auf politische Bedrohungen, weder auf das eine, noch auf das andere, auf nichts, was es auch immer sei. Meine Absicht ist, darauf zu achten, dass das Handeln der US-Regierung so integer ist, dass es einer Kontrolle und gemeinsamen Überprüfung standhält und dass sie

keiner militärischen oder politischen Drohung nachgibt, solange ich Außenminister bin.“

Marshalls Mitteilung an Austin sollte privat und geheim sein, aber einige Reporter bekamen Kenntnis davon. Als Marshall auf die Mitteilung angesprochen wurde, sagte er, dass sie nicht veröffentlicht werden sollte, „weil wir schon genug Ärger hatten. Am 2. März legte Austin halbherzig den Entwurf einer US-Resolution vor, der den Sicherheitsrat aufforderte, „alles im Rahmen der Charta zu tun, um der (Teilungs-) Empfehlung der Generalversammlung Wirksamkeit zu verleihen.“ Zur Debatte stand, hinter verschlossenen Türen, ob die UN die rechtliche Befugnis besaß, den Teilungsplan durchzusetzen, oder nicht. Der Sicherheitsrat war sich diesbezüglich uneinig und entschied am 5. März, ihn nicht zur Abstimmung zu bringen. Mit Truman, der sich der Bildung einer internationalen Streitmacht für Palästina widersetzte, war die Diskussion sowieso theoretisch. Später, am selben Tag,  und im Einklang mit dem Procedere, erläuterte Marshall Truman die vom Präsidenten bewilligten Telegramme 107 und 108. Sie sollten vom Außenministerium an Austin gesandt werden. Sie waren sein Leitfaden für die Art von Stellungnahme, die er abgeben würde, um die Wende in der US-Politik zu verkünden, wenn außer Zweifel stand, dass der Sicherheitsrat den Teilungsplan nicht durchsetzen konnte. Austin war auch angewiesen, keine Stellungnahme abzugeben, bis er von Marshall dazu autorisiert werde.

 Als Austin an seiner Stellungnahme und dem Text des US-Resolutionsentwurfs für eine temporäre UN-Treuhandschaft über Palästina feilte, unternahm er einen weiteren Versuch, einen Weg zu finden, um den Teilungsplan mit friedlichen Mitteln umzusetzen. Vier der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates – die USA, die Sowjetunion, Frankreich und China – bildeten ein Komitee, um jeden möglichen Weg zu überdenken. Großbritannien weigerte sich, an dieser vorhersehbar sinnlosen Übung teilzunehmen.

 Indessen versuchte Dean Rusk - und versagte (er konnte nicht erfolgreich sein) -  die eskalierende Konfrontation zwischen den Zionisten und den Arabern in Palästina aufzuhalten.

 Da vitale amerikanische und westliche Interessen im Nahen Osten auf dem Spiel standen, hatte Marshall nicht die Absicht, dem Komitee der vier ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates bis kurz vor Torschluss Zeit zu geben, um festzustellen, dass die Teilung kein Glanzstück war. Vielleicht dachte er, die Sowjetunion sei nur daran interessiert, den sinnlosen Prozess in die Länge zu ziehen, weil ihre Führer hofften, Ben Gurion könne sich mit der Sowjetunion verbünden, da er befürchtete, von den USA im Stich gelassen zu werden. Es gab Menschen unter den harten Linken um Ben Gurion, die Moskau sagten, es sei keineswegs unmöglich, dass Israel sich nach seiner unilateralen Unabhängigkeitserklärung die Unterstützung der Sowjetunion anstatt der USA als Supermacht erhoffte.

 Am 16. März, als das Komitee zehn Tage lang keinen Schritt vorangekommen war, sandte Marshall ein streng geheimes Telegramm an Rusk, das zur Bekanntgabe der politischen Wende bei der Generalversammlung autorisierte, „so bald wie möglich, wenn Austin es für geeignet hält.“ Marshall leitete die vereinbarte Strategiewende in die Wege, „da keine Partei des Palästina-Problems glaubt, dass die Teilung vollzogen werden kann, es sei denn durch den

Einsatz von Gewalt.“

 Am 17. März wies Rusk aus der UN in einem geheimen Telegramm, „EYES ONLY 306“ auf seine Übereinstimmung mit dem Außenminister hin. „Der vorgeschlagene (Teilungs-)Plan der Generalversammlung ist ein ganzheitlicher Plan, der nur gelingen kann, wenn jeder Teil von ihm ausgeführt wird. Es scheint eine allgemeine Übereinstimmung zu geben, dass der Plan nicht mit friedlichen Mitteln umgesetzt werden kann. Da dem so ist, sieht der Sicherheitsrat sich außerstande, seine Bemühungen zur Durchsetzung dieses Plans bei der vorherrschenden Lage fortzusetzen.”

 So gab es, laut Rusks schriftlicher Zustimmung, keine Alternative zu der Errichtung einer temporären Treuhandschaft für Palästina, und für Botschafter Austin bestand die dringende Notwendigkeit, den US-Resolutionsentwurf vorzulegen.

 Im Grunde sollte die Teilungsresolution annulliert werden. Aber... noch bevor Austin seine Aussage am 19. März machen konnte, gab es eine atemberaubende zionistische Intervention—Chutzpah vom Allerfeinsten—die dazu diente, eine Wende der amerikanischen Politik zu verhindern.

 Im Nachhinein (und dank freigegebener Dokumente) ist erkennbar, dass Marshalls “DINGEND UND GEHEIM”-Telegramm an Truman vom 21. Februar der Beginn des Endspiels war, das darüber entschied, wer im Hinblick auf die Zukunft Palästinas den meisten Einfluss auf den Präsidenten haben würde – das Außen- und Verteidigungsministerium sowie der Geheimdienst, oder die Zionisten.

 Durch ihre Augen und Ohren im Weißen Haus und zweifelsohne im Außenministerium und der UN wussten die Zionisten genau, was geschah. Für sie stellten die Ereignisse, die Marshalls Telegramm an Truman vom 21. Februar in Gang gesetzt hatte, eine Krise dar, wie keine andere zuvor oder danach. Sie hatten die politische Schlacht, bei der es darum ging, Marshalls Außenministerium zu beeinflussen, ganz klar verloren. Soweit es sie betraf, sagte Marshall „Nein!“ zu einem jüdischen Staat. Als das die Zionisten sahen, blieb ihnen nur noch die Option zu handeln. Sie mussten eine direkte Möglichkeit finden, Druck auf den Präsidenten selbst auszuüben. Nur er konnte die Wende der amerikanischen Strategie, die Marshall vorbereitet hatte, verhindern. Das Problem war, dass Truman den zionistischen Führern den Zugang zum Weißen Haus untersagte. Er weigerte sich, sie zu empfangen oder ihre Telefonanrufe entgegenzunehmen.

 In Plain Speaking, das im Jahre 1966 veröffentlicht wurde, zitierte Merle Miller Präsident Truman, wie er Folgendes in aufgezeichneten Gesprächen über den auf ihn ausgeübten zionistischen Druck sagte: “Na ja, nie zuvor gab es etwas Ähnliches und auch nicht danach. Noch nicht einmal, als ich MacArthur entließ (der gegen Nordkorea einen Atomangriff starten wollte), gab es so etwas. Ich ordnete an, niemanden zu empfangen, der ein Extremist bezüglich des zionistischen Anliegens ist, und mir war gleichgültig, wer das war... Ich musste bedenken, dass, so sehr ich eine Heimat für die Juden auch begünstigte, einfach andere Dinge warteten..., über die ich mir Sorgen machen musste.”

 Schließlich schrieb Truman in seinen Memoiren:

 „Der jüdische Druck auf das Weiße Haus ließ in den Tagen nach dem Teilungsbeschluss in der UNO nicht nach. Einzelpersonen und Gruppen verlangten von mir, meistens auf ziemlich streitsüchtige und emotionale Weise, die Araber aufzuhalten, die Briten von einer

Unterstützung der Araber abzuhalten,  amerikanische Truppen zu entsenden und dies und jenes zu tun. Ich denke, ich kann sagen, dass ich meinen Glauben an die Richtigkeit meiner Politik trotz einiger dieser Juden bewahrt habe.“

 **Im Endspiel um die Frage, wer im Hinblick**

**auf die Zukunft Palästinas den meisten Einfluss**

**auf den Präsidenten hatte, kämpften die Zionisten**

**gegen das Außen- und das Verteidigungsministerium**

**sowie gegen die Geheimdienste.**

 Die Waffe, zu der die Zionisten gegen Präsident Truman nun griffen, war ihr Anführer, Chaim Weizmann. Er war inzwischen älter und krank, aber immer noch ein sehr überzeugender Gentleman. Wenn irgendjemand Truman dazu bewegen konnte, sich an den Teilungsplan zu halten, dann war das Weizmann. Zu diesem Zweck war Weizmanns physische Verfassung—seine Gebrechlichkeit und seine Krankheit—ein Pluspunkt. Wie konnte ein alter und kranker Weizmann Präsident Truman kalt lassen? David Lloyd George, der knallharte britische Premierminister, hatte zugegeben, „von Weizmanns Charme, seiner Überzeugungskraft und intellektuellen Stärke vollkommen eingenommen“ zu sein. Truman würde keine so harte Nuss zu knacken sein und die Aussicht, dass er „Nein“ zu einem Treffen mit dem WZO-Führer sagen würde, war zu gering, um ernsthaft in Betracht gezogen zu werden. So ähnlich dachten die Zionisten.

 Weizmann wurde nach Amerika gebracht und in einer Suite in New Yorks Waldorf Astoria Hotel untergebracht. Amerikas Zionistenführer reichten einen Antrag ein, damit Präsident Truman ihn im Weißen Haus empfing. Und Truman sagte: „Nein!“

 Die erstaunliche und wahre Geschichte, wie Truman überredet wurde, seine Meinung zum Treffen mit Weizmann zu ändern, wäre niemals bekannt geworden, wäre nicht  1966 ein Buch erschienen, das für eine kleine jüdische Leserschaft geschrieben wurde. Sein Titel lautete: B’nai B’rith, die Geschichte eines Bundes, und sein Autor war Edward G. Grusd. B’nai B’rith (d. h. Söhne des Bundes) war ein nicht-zionistischer, konservativer, auf Assimilierung ausgerichteter, brüderlicher jüdischer Orden. Sein Präsident war zu jener Zeit Frank Goldman.

 Grusd schrieb:

 „Es hieß, dass die Tür des Weißen Hauses für alle zionistischen Führer verschlossen war, und es stimmt, dass niemand eingelassen wurde, obwohl viele angeklopften. Inzwischen unterbanden die Vereinigten Nationen jegliche Maßnahme zur Umsetzung der Teilung. Damals erhielt jedoch der Präsident und Sekretär von B'nai B'rith eine Audienz bei Herrn Truman. Diese hatte allerdings keine sichtbare Wirkung. Dennoch rief Präsident Goldman die Logen und Verbände auf, sich in Briefen an Herrn Truman und die Vereinten Nationen zu wenden.

 An diesem kritischen Punkt konnte die B'nai B'rith einen bedeutenden Beitrag leisten, der den Durchbruch brachte. Dr. Chaim Weizmann, ein international berühmter Wissenschaftler und Vorsitzender der Zionistischen Weltorganisation, kam in die Vereinigten Staaten, um einen persönlichen Appell an Präsident Truman zu richten, obwohl er über 70 Jahre alt und krank war. Während er in einem New Yorker Hotel das Bett hütete, versuchten amerikanische Zionisten-Führer erneut einen Termin für ihn im Weißen Haus zu arrangieren. Aber Präsident Truman lehnte ab.

 Frank Goldman erfuhr, dass einer der ältesten und engsten Freunde des Präsidenten ein Eddie Jacobson aus Kansas City, Missouri, war. Er setzte sich mit A.J. Granoff aus Kansas City in Verbindung, einem prominenten Anwalt und früheren Präsidenten des 2. Bezirks. Es stellte sich heraus, dass Herr Granoff der Anwalt Herrn Jacobsons  war und hocherfreut war, seinen Klienten dem Präsidenten von B'nai B'rith vorzustellen. Herr Jacobson sagte ihm, er sei kein Zionist und B'nai B'rith sei die einzige jüdische Organisation, der er angehöre. Er sei ein enger Kumpel von Harry Truman als Soldat im Ersten Weltkrieg gewesen, habe in Frankreich in derselben Artillerie-Einheit wie er gedient und nach dem Krieg seien er und Truman Partner in einem Kurzwarengeschäft von Kansas City gewesen. Er stehe dem Präsident so nahe, dass er, um ihn im Weißen Haus zu treffen, bloß nach Washington fahren und ihn anrufen müsse, worauf er sofort eingeladen werde: ‚Komm doch 'rüber, Eddie!‘“

 Goldman berichtete Amerikas Zionistenführern von seiner Entdeckung, und von nun an stand Harrys Freund Eddie unter zionistischer Kontrolle. Aber der erste Versuch, die Jacobson-Truman-Freundschaft auszunutzen, scheiterte.

 Jacobson sandte Truman ein Telegramm und bat ihn, Weizmann eine Audienz zu gewähren. Doch Truman antwortete nicht.

 In einem Memorandum schrieb Jacobson anschließend etwas, was seine damalige Erschütterung widerspiegelt und seinen Weg in die Weizmann-Archive und in die Harry S. Truman-Bücherei fand: „Ich ertappte mich plötzlich bei dem Gedanken, dass mein teurer Freund, der Präsident der Vereinigten Staaten, in dem Moment so sehr Antisemit war, wie man es nur sein konnte.”

 Dann, am 13. März, während Botschafter Austin noch auf die Ankunft der streng geheimen Botschaft Marshalls wartete, die ihn anwies, die Wende in der amerikanischen Palästina-Politik bekanntzugeben, rief Eddie Harry an und bat, ihn im Weißen Haus besuchen zu dürfen.

 Der Präsident antwortete: „Eddie, ich bin stets froh, alte Freunde zu sehen, aber es gibt etwas, das du mir versprechen musst. Ich möchte, dass du kein Wort über das verlierst, was im Nahen Osten vor sich geht. Versprichst du mir das?“

Eddie versprach es und ging ins Weiße Haus.

 Kurz bevor er das „Oval Office“ betrat, bat ihn der Präsidentenberater, Matthew J. Connelly, nicht über die Palästina-Frage zu diskutieren.

 Truman Miller gegenüber schilderte, kam der Moment, wo dicke Tränen über Eddies Wangen liefen. Der Präsident sah seinen ältesten und besten Freund an und sagte: „Eddie, du Hundesohn, du versprachst, kein Wort über das zu verlieren, was dort drüben vor sich geht. “

 Eddie antwortete: „Herr Präsident, ich habe kein Wort gesagt, aber immer, wenn ich an die heimatlosen Juden, heimatlos seit tausenden von Jahren, denke und an Dr. Weizmann, beginne ich zu weinen. Ich kann nichts dagegen tun. Er ist ein alter Mann und verbrachte sein ganzes Leben damit, auf ein Heimatland für die Juden hinzuarbeiten. Nun ist er krank, ist in

New York und möchte Sie treffen. Immer, wenn ich daran denke, kann ich nicht anders als weinen.“

 Truman sagte daraufhin: „Eddie, das reicht! Das ist mein letztes Wort!”

 Danach berichtete Truman Miller: „Wir sprachen über dies und das, aber mitunter rollte eine dicke Träne über seine Wangen. Irgendwann sagte er etwas darüber, wie ich über den alten Andy Jackson dachte, und er weinte wieder. Er sagte, er wisse, dass es ihm nicht zustehe, aber so fühle er bezüglich Weizmann.” (Andrew Jackson, 1767–1845, war ein Militärheld und der 7. Präsident der Vereinigten Staaten. Als Generalmajor der Tennessee-Miliz besiegte er die Creek-Indianer im Jahr 1814 und die Briten in 1815. Er war der erste amerikanische Präsident, der direkt von den Wählern gewählt wurde.)

 Irgendwann während dieses Gesprächs erklärte sich Truman bereit, Weizmann zu empfangen. Nach dieser Entscheidung sagte der Präsident: „Eddie, du Hundesohn! Ich hätte dich hinauswerfen müssen, weil du dein Versprechen gebrochen hast. Du wusstest verdammt gut, dass ich dich nicht weinen sehen kann.”

 Am 18. März wurde Weizmann durch das Osttor ins Weiße Haus geschmuggelt. Eddie Jacobson begleitete ihn nicht. In seinem späteren Memorandum, in dem er an die Ereignisse erinnerte, zitierte Jacobson die Zionisten, die gesagt hätten, er müsse „geschont“ werden für den Fall, dass man ihn für einen weiteren „Notfall“ brauche. Außerdem zitierte er Weizmann selbst, der ihm sagte: „ Sie haben eine  Aufgabe zu erledigen“, nämlich „die Türen des Weißen Hauses offen zu halten.“

 Das geheime Treffen zwischen Truman und Weizmann dauerte 45 Minuten. Truman war von dieser Erfahrung zutiefst bewegt, und die beiden Männer entwickelten eine sofortige und innige Freundschaft, die (sogar) einen baldigen und sehr harten Schlag überdauern und in den kritischen Wochen, die danach folgten, auch dem Zionismus dienen sollte.

 Truman hätte Weizmann die Wahrheit sagen können. Sie bestand, grob gesprochen, aus zwei zusammenhängenden Teilen. Der erste war, dass es wegen der strategischen Bedeutung des Nahen Ostens für die USA (und den gesamten Westen) nicht in Amerikas Interesse lag, den Teilungsplan gegen den Willen der Araber umzusetzen. Der zweite war, dass er nur mit Gewalt umgesetzt werden konnte. Dies erforderte die Bereitschaft zum Einsatz von Truppen, was für die USA unmöglich war, nicht zuletzt, weil sich dadurch eine Konfrontation mit der Sowjetunion in Europa entwickeln konnte.

 Anstatt der Wahrheit erzählte Truman Weizmann jedoch, die USA  unterstützten entschieden die Teilung und würden diese Haltung beibehalten.

 Man hätte den Zionisten vergeben können, dass sie glaubten, sie hätten Marshall umgangen und der Präsidenten würde ihn nun anweisen, die Absicht aufzugeben, den Teilungsplan aufzuschieben und die Politik der USA zu ändern.  Aber..., am nächsten Tag, dem 19. März, gab Botschafter Austin seine Stellungnahme ab und forderte die Verschiebung der Teilungsresolution .nd die Einberufung einer weiteren Sondersitzung der Generalversammlung, um eine neue Lösung für das Palästina-Problem zu erarbeiten. Austin gab an, die von den USA vorgeschlagene Lösung sei eine zeitlich begrenzte UNO-Treuhandschaft.

 Die Zionisten brandmarkten Austins Bekanntgabe als „eine schockierende Wende in der Haltung der Vereinigten Staaten.”

 Anfangs muss Weizmann sich von Truman verraten gefühlt haben; aber fast unmittelbar danach wurde die Geschichte verbreitet, dass die Teilung keine aussichtslose Sache sei. Die politische Wende sei eine unautorisierte Initiative pro-arabischer Beamter in einem „heimtückischen“ Außenministerium, die nicht loyal gegenüber ihrem Präsidenten gewesen seien.

 Die Eingebung für diese völlig unwahre Geschichte und die zionistische Strategie, die sie hervorrief, war eine Notiz, die Truman selbst in seinen Terminkalender für den 19. März eingetragen hatte. Obwohl nicht alle, sondern nur ein paar Insider im Weißen Haus vom Vorhandensein der Notiz bis zur Veröffentlichung von Margaret Trumans Buch über ihren Vater im Jahre 1973 Kenntnis hatten, war diese Notiz ein wichtiges Zeichen der Gemütsverfassung des Präsidenten zu jener Zeit.

 **Am 19. März forderten die USA die Verschiebung**

**der Teilungsresolution und die Einberufung einer**

**weiteren Sondersitzung der Generalversammlung, um**

**eine neue Lösung für das Palästina-Problem zu erarbeiten:**

**eine zeitlich begrenzte UNO-Treuhandschaft.**

 In ihrem Buch, in dem Margaret Truman die Kalendernotiz als Beweis zitierte, behauptete sie, Austins Bekanntgabe sei ein schwerer Verrat an ihrem Vater gewesen. Das Außenministerium habe seine Palästina-Politik hinter seinem Rücken geändert. Margaret hatte keine Kenntnis von der Tatsache, dass ihr Vater die politische Wende bewilligt hatte, weil zu jener Zeit die entscheidenden Dokumente noch geheim waren. Erst als diese nach und nach freigegeben wurden, konnte das Gespenst der zionistischen Lüge bezüglich der Illoyalität des Außenministeriums gegenüber dem Präsidenten begraben werden; aber damals nur von denjenigen, die von dem Inhalt der freigegebenen Dokumente wussten.

 Die Beurteilung des Spiels, das einige Menschen im März 1948 spielten, erfordert Kenntnis der Tatsache, dass am Tag, da  Austin die Wende der amerikanischen Politik verkündete, die beiden Spitzenbeamten des Außenministeriums, Marshall und Lovett, nicht in Washington waren.

 Trumans Kalendernotiz besagte:

 „Das Außenministerium zog mir heute den Boden unter den Füßen weg. Ich hatte nicht erwartet, dass so etwas geschieht. In Key West oder auf dem Weg von St. Croix dorthin bewilligte ich die Rede und die politische Grundsatzerklärung durch Senator Austin bei der UN. Heute Morgen stelle ich fest, dass das Außenministerium meine Palästina-Politik geändert hat. Das erste, was ich darüber weiß, ist das, was ich in der Zeitung lese. Ist das nicht die Hölle? Ich bin jetzt in der Position eines Lügners und eines Doppelzüngigen. Ich habe mich noch nie in meinem Leben so gefühlt. Es gibt auf dritter oder vierter Ebene des Außenministeriums Menschen, die mir ständig die Kehle durchschneiden wollen.“

Was, um Himmels willen, war geschehen? Wer spielte welches Spiel?

 Am 19. März forderten die USA die Verschiebung der Teilungsresolution und die erneute Einberufung der Generalversammlung, um eine neue Lösung für das Palästina-Problem zu erarbeiten. Die USA beabsichtigten, eine zeitlich begrenzte UNO-Treuhandschaft vorzuschlagen.

 Hauptverantwortlich für das Verbreiten der gänzlich unwahren Geschichte, Beamte des Außenministeriums hätten „Instruktionen des Weißen Hauses missachtet“, waren zwei Männer: Niles im Hintergrund und Clark Clifford,  der Sonderberater des Präsidenten (der eine immer größere Rolle beim Endspiel übernahm), öffentlich. Ihre Behauptung war im Wesentlichen, nicht loyale Juniorbeamte hätten eigenständig eine politische Initiative ergriffen, da Marshall und Lovett sich außerhalb der Stadt befanden und, so die Unterstellung, keine Kontrolle über die Ereignisse in ihrem Ministerium hatten. Diejenigen, die die Geschichte verbreiteten, wussten, dass sie nicht der Wahrheit entsprach, sondern als Mittel zum Zweck diente. Sie sollte Verwirrung und Spaltung verursachen und Marshall gegenüber mit dem Säbel rasseln, um den Zionisten einen Handlungsspielraum zu verschaffen und Zeit, mehr Druck auf Truman auszuüben, damit er die Strategiewende rückgängig machte.

 Marshall durchschaute das Spiel, das die Zionisten und ihre Unterstützer spielten und wurde sofort aktiv, um ihnen keinen Handlungsspielraum zu lassen.

 Am Tag, nachdem Austin, wie Cliffort es nannte, die „Bombe platzen ließ“, gab der Außenminister, der allen, außer den Zionisten und ihren Unterstützern, als ein „Mr. Integrity“ galt, auf einer Los Angeles-Pressekonferenz seine offizielle Stellungnahme bekannt: „Die Vorgehensweise, die zur Palästina-Frage am 19. März von Botschafter Austin vorgeschlagen wurde, erscheint mir nach sorgfältigster Überlegung die weiseste zu sein, die wir verfolgen sollten. Ich empfahl sie dem Präsidenten, und er billigte meine Empfehlung.”

 Was sagt uns der Vorfall über Truman?

 Lilienthal schrieb, dass der Präsident “offenbar wichtige Einzelheiten übersehen oder vergessen“ habe (beginnend mit seiner Billigung von Marshalls detailliertem Telegramm vom 21. Februar).

 Ich denke, dass die Verwirrung, in der sich Truman befand, und die die Zionisten meinten, nutzen zu können, um den Teilungsplan am Leben zu erhalten, von ihm selbst geschaffen wurde. Seine guten Instinkte hatten ihm gesagt, er solle sich selbst außerhalb es zionistischen Einflusses und Drucks stellen, bis die Wende in der Palästina-Politik verkündet wurde. Deshalb hatte er den Zionisten die Tore des Weißen Hauses verschlossen und sich geweigert, ihre Anrufe in Empfang zu nehmen. Nationale und weitere westliche Interessen mussten an erster Stelle stehen. Emotional verwirrt durch sein Gespräch mit Eddie Jacobson, stimmte er dann (doch) einem Treffen mit Weizmann zu. Dann, Auge in Auge mit dem physisch schwachen Zionistenführer, konnte der Präsident sich nicht dazu durchringen, die Wahrheit zu sagen. Trumans erste Reaktion daraufhin war, jemand anderen zu beschuldigen – die Menschen „auf dritter und vierter Ebene des Außenministeriums, die immer schon meine Kehle durchschneiden wollten.“ (Ein Jahrzehnt später sagte Truman Lesern seiner Memoiren, der Vorschlag, das Mandat als Treuhandschaft weiterzuführen, sei kein schlechter Gedanke gewesen.)

 Truman hatte Grund zur Verwirrung, insofern man ihm nicht genau gesagt hatte, wann Austin die Bekanntgabe der politischen Wende vornehmen wollte. Da Marshall mehrmals die Zustimmung des Präsidenten erhalten hatte, hielt er dies nicht für notwendig. Außerdem kannte Marshall selbst nicht das genaue Timing der Stellungnahme. Er hatte Austin vor Ort die Beurteilung überlassen, wann dies am besten und geeignetsten für die Generalversammlung war. Marshall könnte auch noch eine weitere Überlegung im Sinn gehabt haben. Das Weiße Haus war nicht sicher. Wenn man Schach mit den Zionisten spielte, signalisierte man seinen nächsten Zug nicht, wenn sich dies vermeiden ließ.

 Am 22. März, nachdem Marshall mit Truman gesprochen hatte, sandte er ein Memorandum an Charles E. Bholen, den Berater des Außenministeriums. Darin hieß es, der Präsident sei „besorgt“ (irritiert) gewesen, denn, wenn er gewusst hätte, wann Austins Bekanntgabe erfolgte, „hätte er Maßnahmen treffen können, um das politische Donnergrollen der (pro-zionistischen) Presse zu verhindern.” (Bedeutet das, Truman hätte Weizmann dann die Wahrheit gesagt oder ihn nicht empfangen?) Marshalls Memorandum an Bholen galt offensichtlich als ehrliche Aufzeichnung, die eines Tages veröffentlicht würde.

 Ein paar Tage nach Austins Bekanntgabe schien Trumans Unterstützung für die geänderte amerikanische Palästina-Politik felsenfest zu sein, und er ging damit an die Öffentlichkeit. Auf einer Pressekonferenz am 25. März sagte der Präsident: „Unsere Strategie ist, die UN bei der Treuhandschaft mit allen erforderlichen Mitteln zu unterstützen.”

 Das bedeute nicht unbedingt, dass amerikanische Truppen eingesetzt würden, sagte der Präsident, und die vorgeschlagene Treuhandschaft sei „kein Ersatz für den Teilungsplan, sondern eine Maßnahme, um das Vakuum zu füllen, das durch die Beendigung des Mandats am 15. Mai entstehen wird“, und sie greife „nicht der Art der endgültigen politischen Lösung vor.”

 Starke Anzeichen lassen vermuten, dass Truman Marshalls Rat annahm, die gegen das Außenministerium gerichteten Beschuldigungen zu entkräften, es sei dem Präsidenten gegenüber nicht loyal gewesen und habe seine Entschlossenheit unterminiert, die Teilung zu unterstützen. Vielleicht bestand Marshall darauf, dass der Präsident die Vorwürfe gegen das Außenministerium widerlegte. Die Widerlegung war im folgenden Abschnitt von Trumans Bekanntgabe vor Reportern effektiv:

 „Dieses Land unterstützte energisch den mit einer Wirtschaftsunion gekoppelten Teilungsplan, wie von dem USCOP und der Generalversammlung empfohlen. Wir haben jede mit den Grundprinzipien der UN-Charta übereinstimmende Möglichkeit ausgeschöpft, diese Lösung umzusetzen. Unglücklicherweise wurde deutlich, dass der Teilungsplan zurzeit nicht mit friedlichen Mitteln ausgeführt werden kann. Wir konnten den Menschen in Palästina diese Lösung nicht durch den Einsatz amerikanischer Truppen aufzwingen, aus Gründen der Charta wie auch der eigenen nationalen Politik.“

 Das war die Wahrheit, die der Präsident seinem Besucher Weizmann acht Tage zuvor hätte sagen können.

 Truman beendete seine Pressekonferenz vom 25. März mit diesen Worten: “Wenn die UN der Treuhandschaft zustimmt, ist eine friedliche Lösung möglich; ohne sie droht  am Horizont ein offener Krieg.”

 Wie wir nun sehen werden, war ein entscheidender Faktor, der Trumans Entscheidung  auf dem Höhepunkt des Endspiels beeinflusste (Leser, die richtig vermuten, erhalten keinen Preis), das Bedürfnis zu verhindern, dass die Zionisten sich jüdischen Finanzierungs- und Wahlkampagnen zugunsten von Kandidaten der Demokratischen Partei, einschließlich des Präsidenten, für die Wahlen vom November 1948 widersetzten.

 Es war eine Situation, die Verteidigungssekretär Forrestal dazu brachte, privat zu äußern und wie folgt in seinem Tagebuch festzuhalten: “Ich sagte, es sei eine fatale und sehr beklagenswerte Tatsache, dass die Außenpolitik dieses Landes  von Beiträgen zur Parteienfinanzierung bestimmt werde, die ein bestimmter Block mit ganz speziellen

Interessen leisten könne.“

 Am 30. März präsentierte Botschafter Austin dem Sicherheitsrat formell eine Resolution zur Einberufung einer weiteren Sondersitzung der Generalversammlung, „um erneut die Frage der zukünftigen Regierung von Palästina zu beraten.” In Übereinstimmung mit Marshalls Telegramm an den Präsidenten vom 21. Februar war es die Absicht der Truman-Regierung auf exekutiver Ebene, die Zustimmung der Generalversammlung für den US-Vorschlag einer UNO-Treuhandschaft für Palästina anzustreben und hoffentlich zu erreichen.

 In sechs Wochen sollte das britische Mandat unrühmlich enden. Die Zeit für das Weltgremium, eine Lösung für das Palästina-Problem zu finden und dabei die legitimen Interessen aller Betroffenen zu schützen, war fast verstrichen.

 Die amerikanischen Zionistenführer hatten die Hoffnung noch nicht gänzlich aufgegeben, genügend Druck auf Präsident Truman ausüben zu können, um ihn zu zwingen, den Gedanken der UN-Treuhandschaft fallen zu lassen und zur Teilung als der einzigen Möglichkeit zurückzukehren.

 Am 9. April spielten sie erneut die Weizmann-Karte aus. Dieses Mal geschah es in Form eines emotionalen Briefes dieses Meisters der Überredungskunst an Truman. Sein Inhalt war die Bitte, die Konsequenzen für die Juden zu bedenken, falls der Teilungsplan nicht umgesetzt wurde. „Die Wahl für unser Volk“, behauptete Weizmann in dem Brief, „liegt zwischen Eigenstaatlichkeit und Vernichtung.” Es war dies der  Kern der Untergangsphilosophie des Zionismus – die Vorstellung eines jüdischen Staates als Versicherungspolice, als dem letzten Zufluchtsort  für die Juden, jederzeit und überall, falls das Monster des Antisemitismus wieder wütet. Unmittelbar nach der Zeit des Nazi-Holocausts war es verständlich, dass die Zionistenführer annahmen, ein so gefühlsbetonter Mensch wie Präsident Truman bliebe von solch einem Appell nicht unberührt.

 Am selben Tag verübten zionistische Terroristen in Palästina das Massaker von Deir Yassin an palästinensischen Arabern. (Mittlerweile war allen, die die Fakten kannten und das Geschehen im Heiligen Land verfolgten, klar, dass die zionistischen Militärkräfte in dem eskalierenden Konflikt mit den einheimischen Arabern die Oberhand gewannen.)

**„Die Wahl für unser Volk”, behauptete**

**Weizmann, „liegt zwischen Eigenstaatlichkeit**

**und Vernichtung.“ Am selben Tag massakrierten**

**die zionistischen Terroristen in Palästina**

**die Araber von Deir Yassin.**

Als Druckmittel gegenüber Präsident Truman war der Brief Weizmanns lediglich die Spitze des Eisbergs.

 Die Zionisten und andere jüdische Organisationen im ganzen Land wurden mobilisiert, um gegen den „Ausverkauf durch die Truman-Regierung“ zu protestieren und zu verlangen, dass der Teilungsplan zwecks Schaffung eines jüdischen Staates umgesetzt wurde. Auf Großdemonstrationen prangerten die Wortführer eine „Politik des Öls“ an. Selbst der Präsident wurde persönlich mit Appellen, den Teilungsplan umzusetzen, bombardiert. Und nicht überraschend aufgrund der kommenden Wahlen, sprang die republikanische Partei auf das zionistische Trittbrett. Die Republikaner, vor allem diejenigen, die bald für das Amt kandidieren wollten, griffen die Truman-Regierung wegen ihrer „Wankelmütigkeit und Unzulänglichkeit“ im Hinblick auf Palästina an. Damals war die Presse überwiegend republikanisch, so dass zionistische Boten leichtes Spiel hatten. Die Medien waren sowieso voll mit Geschichten über den Mut der Juden, die in Palästina kämpften. Die arabische Situation wurde nicht berücksichtigt und die Missachtung arabischer Rechte war kein Thema. Alles in allem waren dies unangenehme Tage für die Truman-Regierung.

 Vor diesem Hintergrund war die aktuelle Einberufung einer weiteren Sondersitzung der Generalversammlung zur Unterstützung der UN-Treuhandschaft als einzig mögliche Lösung für das Palästina-Problem ein Test für Trumans Nerven.

 Amerikas zionistische Führer hofften, ihr Druck versetze Truman in Panik, so dass er Marshall die Anweisung gäbe, den Sicherheitsrat zu informieren, dass die USA nicht länger überzeugt seien, eine weitere Sondersitzung könnte irgendeinem nützlichen Ziel dienen. In diesem Fall wäre die Teilung zurück auf die Agenda zu setzen und die Durchsetzung dieses Plans unabwendbar,  -  so dachten wohl die Zionisten.

 Sie sollten enttäuscht werden. Von Marshall dazu gedrängt, standhaft zu bleiben, behielt Truman die Nerven, und der Sicherheitsrat stimmte zu, die zweite Sondersitzung der Generalversammlung einzuberufen. Sie tagte erneut am 16. April, vier Wochen, bevor Großbritanniens Rückzug aus Palästina vollzogen war.

 Die Delegierten aller Mitgliedsländer der UN waren sich bewusst, dass, ein eskalierender, möglicherweise endloser Konflikt in Gang gesetzt würde, wenn es ihnen nicht schnell gelang, einen vereinbarten und funktionierenden Plan für die UN-Treuhandschaft als sofortige Lösung für das Palästina-Problem vorzuweisen. Sonst wären die globale Stabilität und der Weltfrieden in Gefahr. Privat wurde die Schwierigkeit der Situation von allen bestätigt.

 Die Tatsache, dass Präsident Truman nicht unter dem Druck in Panik geriet und die Einberufung einer zweiten Sondersitzung der Generalversammlung nicht blockierte, übermittelte den Führern der amerikanischen Zionisten eine indirekte Botschaft seiner Regierung auf höchster Ebene. Sie lautete in etwa: „Wir werden uns nicht dem Druck beugen. Wenn wir das täten, müssten wir die nationalen und weiteren westlichen Interessen gefährden. Der Einsatz ist zu hoch, um Spiele dieser Art zu spielen.“ (So, stelle ich mir vor, hätten Außenminister Marshall und Verteidigungsminister Forrestal sich ausgedrückt).

 Aber... Es waren weder die Mitgliedsregierungen der UNO noch Amerikas zionistische Führer, die bestimmten, wo es lang ging. Ben-Gurion hatte nun das Kommando und die Kontrolle über das Geschehen übernommen.

 Was die Zionisten in Palästina anging, war das, was bei der UN passierte, höchst irrelevant. Ben-Gurion war entschlossen, die Gründung des jüdischen Staates zu erklären, sobald das britische Mandat endete. Mit anderen Worten, Ben-Gurion beabsichtigte, so vorzugehen, als ob der Teilungsplan nicht  hinfällig geworden wäre, als ob es keine Wende in der US-Politik gegeben hätte, und ohne Rücksicht auf den Beschluss der Generalversammlung im Hinblick auf die Treuhandschaft. Das „Wir gegen die Welt“-Denken hatte sich in Ben Gurions Lager durchgesetzt.

 Mit Hilfe von außen war es den Zionisten in Palästina gelungen, Großbritanniens Politik der Einschränkung jüdischer Einwanderung scheitern zu lassen. Nun demonstrierten sie, dass sie bereit waren, falls nötig, sogar den Vereinigten Staaten von Amerika zu trotzen.

 Bis zu diesem Punkt war Marshall der Mann, der den meisten Einfluss auf Trumans Politik hatte. Dieser besondere Außenminister war der zeitgenössische Amerikaner, den der Präsident aufgrund seines Könnens und seiner Integrität am meisten bewunderte. Wie Marshall es definiert hätte, bedeutete Integrität, Amerikas nationalen Interessen Priorität einzuräumen und das zu tun, was in diesem Zusammenhang bis zu den Grenzen des Möglichen legal und moralisch richtig war. Truman hatte sich stolz Churchills Sicht von Marshall zu eigen gemacht – nämlich dass kein Mensch mehr getan hatte, damit die Alliierten Nazi-Deutschland, das fanatische Italien und das Kamikaze-Japan vernichten konnten. Theoretisch gab es keinen besseren Mann als Marshall, um Truman zu helfen, den Zionismus in Schach zu halten. Konkret lautete die Frage, die einer Antwort bedurfte: Würde Marshall auch weiterhin der Mann mit dem größten Einfluss auf Trumans Palästina-Politik bleiben?

 **Ben-Gurion wollte so vorgehen, als ob der Teilungsplan**

**nicht  hinfällig geworden wäre, als ob es keine Wende**

**in der US-Politik gegeben hätte, und ohne Rücksicht auf**

**den Beschluss der Generalversammlung im Hinblick auf**

**die Treuhandschaft.**

Zwei Männer waren entschlossen, dass er das nicht bleiben sollte. Es waren Niles, der Spitzenmann des Zionismus im Weißen Haus, und Clark Clifford. Als Sonderberater des Präsidenten war Cliffords Hauptaufgabe, Truman dahingehend zu beraten, was das Beste war, um ein zweites Mal wiedergewählt zu werden. Nach der politischen Wende in Bezug auf Palästina hielt man Trumans Aussichten auf Wiederwahl für so gering, dass einige seiner besten Freunde ihn drängten, nicht wieder zu kandidieren.

 Clifford war derjenige, der intensiv für den Vorschlag warb, Truman solle sein Eigeninteresse und die Interessen seiner demokratischen Partei vor die nationalen Interessen stellen. Und das bedeutete, sich dem Zionismus zu ergeben. Aber zunächst musste Clifford sein eigenes Denken ändern.

 Clifford war zunächst selbst der Auffassung gewesen, dass es für den Präsidenten und seine Partei auf lange Sicht ein größerer Gewinn sei, „wenn man an das Palästina-Problem auf der Grundlage weitreichender Entscheidungen herangeht, die auf dem wahren Vorteil basieren.” Mit anderen Worten, Clifford war anfangs nicht davon überzeugt, dass eine pro-zionistische Politik der beste Weg war, die organisierten jüdischen Wähler insbesondere in New York zu gewinnen.

 Ende April, als die Zweite Sondersitzung der Generalversammlung zum Wesentlichen kam, nur acht Monate vor dem Wahltermin, hatte Clifford seine Meinung geändert. Er war jetzt der Auffassung, dass die Wende der Palästina-Strategie der Regierung Trumans Kampagne zur Wiederwahl (und die vieler anderer Demokraten) beeinträchtigte.

 Eine der wichtigsten Begebenheiten, die bewirkten, dass Clifford sich nunmehr von politischer Berechnung leiten ließ, war die schockierende Niederlage des demokratischen Kandidaten bei einer einmaligen Wahl für den Bronx-Wahlkreis in New York. Dies war ein 55-prozentiger jüdischer Wahlkreis. Die Demokraten hätten mühelos gewinnen müssen. Aber ihr Kandidat verlor nicht gegen einen Republikaner, sondern gegen einen schwachen Kandidaten, der die amerikanische Arbeiterpartei repräsentierte, einen gewissen Leo Isaacson. Dieser hatte auf eine militante pro-zionistische Karte gesetzt. Daraus konnte man den Schluss ziehen, dass die Wähler die Weigerung der Truman-Regierung, den Teilungsplan umzusetzen und die Schaffung eines jüdischen Staates vorbehaltlos zu unterstützen, strikt ablehnten.

 Während dieser Bronx-Kampagne gab es Demokraten, die sagten: “Truman redet noch jüdisch, aber er handelt arabisch.“

Für diejenigen, die für Trumans Wiederwahl verantwortlich waren, war das wirklich beängstigend. Die jüdischen Wähler waren in einigen Kernstaaten von entscheidender Bedeutung. Der Staat New York hatte 47 Wahlmänner-Stimmen und ohne diese wurde seit 1876, mit Ausnahme von Woodrow Wilson, kein Präsident gewählt.

 Am 4. Mai, 10 Tage, bevor die britische Herrschaft in Palästina endete, und während die Generalversammlung noch immer über die Treuhandschaft als Lösung für das Palästina-Problem diskutierte, war Clifford klar, laut seinen eigenen Aufzeichnungen, dass ein jüdischer Staat „in Kürze errichtet wird“. Anders gesagt, er wusste, dass Ben Gurion die Absicht hegte, eine unilaterale Erklärung über Israels Entstehung abzugeben, sobald die britische Herrschaft endete. Cliffords Idee war, dass die Anerkennung des jüdischen Staates wie durch Zauberei  Truman die jüdischen Wahlgelder, die er brauchte, sichern  und die jüdischen Stimmen zurückholen würde, so dass er im kommenden November für die zweite Amtszeit wiedergewählt würde. Wenn sich andererseits der Präsident jedoch weigern würde, den jüdischen Staat anzuerkennen, wäre er politisch tot und seine Partei erlitte eine Reihe großer Wahlschlappen. In Cliffords Augen hatte Truman keine Wahl. Er musste den jüdischen Staat anerkennen. Cliffords leidenschaftliche Priorität bestand nun darin, ihm zu raten, dies zu tun.

 Die Weichen für eine dramatische Machtprobe waren gestellt: Clifford gegen Marshall – im Weißen Haus.

 Am 6. Mai, nach einem Treffen mit Clifford und Max Lowenthal, bereitete Niles den ersten Entwurf einer Stellungnahme vor, die Präsident Truman nach dem Willen der Zionisten auf Cliffords Rat hin abgeben sollte, um den jüdischen Staat anzuerkennen.

 Lowenthal war eng mit der „Jewish Agency“ (Jüdischen Agentur) verbunden. Er hatte seine eigene Hotline zu Ben Gurion. Niles hatte seine Anstellung als Berater für das Weiße Haus eingefädelt.

 Am 7. Mai sandte Lowenthal ein vertrauliches Memorandum an Clifford: “AUSSCHLIEßLICH ZU HÄNDEN HRN. CLIFFORDS”. Und es enthielt die Warnung: “Zum Schutz der Regierung darf dies auf keinen Fall in geschriebener Form irgendjemand anderem gezeigt werden.”

Bei diesem Memorandum (und fünf anderen, die innerhalb von fünf Tagen versandt wurden) rief Lowenthal zur Anerkennung des zionistischen Staates noch vor dem 15. Mai auf – das heißt, vor dem Ablauf des Mandates und der Beendigung der britischen Herrschaft. „Eine vorzeitige Anerkennung“, sagte Lowenthal, “würde die Regierung bei den Novemberwahlen „von folgenschweren und unfairen Nachteilen befreien.“ Was für eine feine Art zu sagen: „ …wird die zionistische Drohung, Präsident Truman und seiner Partei jüdische Kampagnengelder und Wahlstimmen vorzuenthalten, aus der Welt schaffen!”

 Das war eine neue Wendung insofern, als andere amerikanische Zionisten und ihre Unterstützer mit Zugang zur Truman-Regierung auf höchster Ebene nur auf die sofortige US-Anerkennung drängten, wenn der zionistische Staat unilateral seine Entstehung selbst erklärte –  d.h. nach dem Ablauf des Mandates.

 Warum drängte Lowenthal auf die vorzeitige Anerkennung?

 Ich glaube, seine Forderung war ein Anzeichen dafür, dass einige von Ben Gurions Führungskollegen überaus beunruhigt waren, aufgrund der möglichen Konsequenzen dessen, was sie zu tun gedachten. Was, wenn sie unilateral ihren Staat ausriefen und die USA sich weigerte, diesen anzuerkennen?

 Das würde die fehlende Rechtmäßigkeit des neuen Staates höchst öffentlich betonen, und das könnte im Gegenzug unvorstellbare Konsequenzen haben.

 Falls der zionistische Staat von den USA nicht anerkannt würde, bestünde die Möglichkeit, dass er als illegaler Staat eingestuft würde. In diesem Fall wäre es schwer – wenn nicht vielleicht sogar unmöglich –  Waffen einzuführen, die benötigt wurden, um das Überleben des neuen Staates in dem kommenden Krieg mit den Arabern zu sichern. Als Teil ihrer Bemühung, die eskalierende Gewalt aufzuhalten, hatte die Truman-Regierung über Waffensendungen aller Art im Nahen Osten  ein Embargo verhängt. Die Zionisten hatten heftig dagegen protestiert, weil das Embargo ihrer Meinung nach die Juden weit mehr traf als die Araber. Wie wir gesehen haben, tat es das nicht. Wie wir sehen werden, hatte Ben Gurion bereits die Waffen und die Militärausrüstung gekauft, die benötigt wurden, um den kommenden Krieg mit den arabischen Staaten zu gewinnen. Das Problem war deren Import, wenn Israel bei der Staatsgründung als illegaler Staat gebrandmarkt würde.

 Im oben erläuterten Zusammenhang glaubten einige aus Ben Gurions Führungsriege, eine einseitige Unabhängigkeitserklärung sei zu riskant; es sei denn Präsident Truman würde dazu gebracht, im Voraus öffentlich seine Absicht zu signalisieren, den jüdischen Staat bei seiner Entstehung sogleich anzuerkennen. Ben Gurion seinerseits war zu einer unilateralen Unabhängigkeitserklärung entschlossen, unter welchen Umständen auch immer. Seine Antwort an die Zweifler in den eigenen Reihen war: „Wir müssen das Risiko eingehen. Wenn wir nicht die Chance nutzen, wenn die britische Herrschaft endet, könnte es sein, dass es niemals zu einem jüdischen Staat kommt.”

 Ich vermute, dass Ben Gurion oder irgendjemand in seinem Auftrag Lowenthal instruierte, Truman durch Clifford unter Druck zu setzen, damit dieser von seinen eigenen Kollegen als jemand gesehen würde, der alles tat, um das Risiko zu minimieren. Das Lowenthal-Memorandum vom 7. Mai und die fünf anderen, die er über fünf Tage sandte, hatten schließlich die gewünschte Wirkung auf Clifford. Am 12. Mai – dem Tag des Machtkampfes mit Marshall – war er bereit,  Präsident Truman zu raten zuzustimmen und eine Stellungnahme abzugeben, dass es seine Absicht sei, den jüdischen Staat sogleich bei seiner

Entstehung anzuerkennen.

 **Ohne die Anerkennung der USA konnte**

**der zionistische Staat als „illegal“ gelten**

**und so die Möglichkeit verlieren, die Waffen**

**zu importieren, die im kommenden Krieg**

**mit den Arabern zu seinem Überleben nötig waren.**

Während Lowenthal unter Niles Aufsicht Clifford bearbeitete, erhöhten andere den Druck auf den Präsidenten und die Mitglieder seines Kabinetts. Zu diesen anderen gehörte der nationale Vorsitzende der Demokraten, Senator Howard McGrath, der Mann mit dem größten institutionellen Bedarf an jüdischen Wahlkampfgeldern und Stimmen. Und im Außenministerium tat General John Hilldring, ein langjähriger Unterstützer der Zionisten, sein Bestes, um den Einfluss aller, die vor einer frühzeitigen Anerkennung des Zionistenstaates warnten, zu unterminieren. Hilldring war vom Präsidenten zu Marshalls Sonderassistenten für palästinensische Angelegenheiten ernannt worden. Zwei Tage vor seiner Ernennung hatte General Hilldring in einer Rede vor dem „Jewish Welfare Board“  (jüdischer Wolfahrtsverband) erklärt, dass er für die Teilung sei. Es liegt, denke ich, nahe anzunehmen, dass der Präsident Hilldring Marshall zuordnete, um die Zionisten zu besänftigen - und nicht, wie andere behauptet haben, weil Truman das Vertrauen in den Außenminister  verloren hatte.

 „High Noon“ im Weißen Haus war tatsächlich am 12. Mai um 16:00 Uhr. Außer dem Präsidenten waren anwesend: Marshall, Lovett, Clifford, Niles, der Assistent des Weißen Hauses Connelly (derjenige, der Jacobson gebeten hatte, nicht das Thema Palästina anzuschneiden) und zwei ehemalige Diplomaten des Außenministeriums, Robert McClintock und Fraser Wilkins.

 Aus Teilen der öffentlichen Aufzeichnungen, die viele Jahre nach dem Geschehen freigegeben wurden, darunter Marshalls eigenes Memorandum der Diskussion, wissen wir Bescheid, wer was zu wem sagte.

 Zur Diskussion stand die Stellungnahme, die Niles im Auftrag des Zionismus entworfen hatte, und Clifford wollte, dass der Präsident sie entweder am selben oder am darauffolgenden Tag während seiner anberaumten Pressekonferenz abgeben sollte. Wäre es nach Clifford gegangen, hätte Präsident Truman der Welt verkündet – bevor das Mandat und die britische Herrschaft endete  und während die Generalversammlung noch debattierte, was mit dem Heiligen Land geschehen sollte – , dass er die Absicht habe, den jüdischen Staat nach seiner Entstehung anzuerkennen.

 Clifford räumte zu seinen Gunstenein, dass seine Unterstützung einer derartigen politischen Initiative auf der Überlegung der „damit im Zusammenhang stehenden politischen Auswirkungen beruhte und der Notwendigkeit, die Aussichten für die Wahl zu verbessern.“ Die Stellungnahme des Präsidenten, die er empfehle, befähige die USA auch, „der UDSSR (Sowjetunion) zuvorzukommen.“

 Marshall explodierte. Er war zutiefst verärgert über die Tatsache, dass Clifford überhaupt anwesend war. „Herr Präsident, das ist eine Angelegenheit, die nicht auf der Basis von Parteipolitik entschieden werden darf. Wenn keine Parteipolitik im Spiel wäre, wäre Hr. Clifford bei dieser Konferenz noch nicht einmal anwesend.“

 Der Rat, den Herr Clifford anbiete, sagte Marshall, sei „ein durchschaubarer Trick, um ein paar Stimmen zu gewinnen.“ Er basiere „auf innenpolitischen Erwägungen, wohingegen das Problem, mit dem sie zu tun hatten, ein internationales“ sei.

 Marshall war auch über die Haltung des Präsidenten selbst besorgt. Sollte der Präsident tun, was Clifford vorschlug, so „würde die hohe Würde des Amtes ernsthaft beeinträchtigt.“

 Laut seinem eigenen Bericht über die Besprechung fasste Marshall seine Position wie folgt zusammen: „Ich sagte offen, falls der Präsident Herrn Cliffords Rat folgen würde und ich dann bei den Wahlen abstimmen müsste, würde ich gegen den Präsidenten stimmen.”

 Clifford schrieb später über sich selbst, er sei „wutentbrannt“ gewesen. Er sagte, Marshall habe „in einem gottverdammten gerechten Baptistenton gesprochen.”

 Während Marshall Clifford zornig anstarrte, setzte Lovett den Angriff gegen das fort, was der Sonderberater dem Präsidenten vorschlug. Er erklärte, es „schade der UNO ungemein, wenn man die Anerkennung des jüdischen Staates verkünde, noch bevor dieser überhaupt entstanden sei, und während die Generalversammlung, die auf Antrag der USA einberufen wurde, immer noch über die zukünftige Regierung von Palästina debattierte.“ Mehr oder weniger Marshall wiederholend sagte Lovett auch, dies sei  “schädlich für das Ansehen des Präsidenten.”

 Letztlich, so Lovett, sei Folgendes zu berücksichtigen: “Den jüdischen Staat vorzeitig anzuerkennen, würde bedeuten, eine Katze im Sack zu kaufen. Woher wissen wir, welche Art von jüdischem Staat geschaffen werden soll?“

 Was Lovett im Hinterkopf hatte und was ihm Sorgen bereitete, waren die Zusicherungen, die er Wochen zuvor an König Ibn Saud und Ägyptens König Farouk gesandt hatte. Nach der manipulierten Abstimmung in der Generalversammlung zugunsten der Teilung war es Lovett als Unterstaatssekretär zugefallen, diese beiden Monarchen etwas zu besänftigen. In Telegrammen nach Dschidda und Kairo hatte Lovett die US-Botschafter instruiert, diesen Folgendes zu sagen:

 „Wir verstehen, dass einer der Gründe für den arabischen  Unmut über die Entscheidung der Generalversammlung die Sorge war, dass die Zionisten am Ende beabsichtigen könnten, ihren Staat als Basis für eine territoriale Expansion im Nahen Osten auf Kosten der Araber zu nutzen. Die US-Regierung ist aufgrund von Gesprächen mit verantwortlichen Zionistenführern überzeugt davon, dass diese keine Expansionspläne haben und darauf bedacht sind, mit den Arabern in Zukunft freundschaftlich zu leben und mit ihnen Beziehungen aufzubauen, die für beide Seiten von Vorteil sind.... Sollten zu einem späteren Zeitpunkt Personen oder Gruppen die Herrschaft über den jüdischen Staat erlangen, die aggressive Pläne gegenüber ihren Nachbarn hegen, werden die USA bereit sein, sich entschieden gegen eine solche Aggressivität einzusetzen, bei den Vereinten Nationen und vor der Welt.“

 Ich denke, man kann sich leicht vorstellen, dass Lovett, als er seinen Kommentar von der „Katze im Sack“ machte, befürchtete, die Zusicherungen, die er den Arabern gegeben hatte, seien nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben standen.

 Präsident Truman, der sich bei der Konfrontation im Weißen Haus anscheinend neutral verhielt, beendete das Treffen, indem er darauf hinwies, dass er „zur Seite von Außenminister Marshall tendierte“ und dass sie „darüber schlafen sollten“.

 Bei seiner für den darauffolgenden Tag, den 13. Mai anberaumten Pressekonferenz gab Truman nicht die Erklärung ab, die Niles und Cliffort wollten. Es stellte sich später heraus, dass das Memorandum des juristischen Beraters des Außenministeriums, Ernest M. Gross,  ihn beeindruckt hatte. Dieses Memorandum bestätigte die Ansicht, die Lovett bei dem Machtkampf-Treffen vertreten hatte: dass die vorzeitige Anerkennung des jüdischen Staates „nach internationalem Recht rechtswidrig“ sei und dass sogar die unmittelbare Anerkennung nach Israels Entstehung „nicht den Standarderfordernissen zur Anerkennung durch das Außenministerium entsprechen könnte“.

 Nach dem Machtkampf-Treffen des Weißen Hauses hatte Lovett Gross instruiert, das Memorandum an Clifford zu senden und Clifford hatte keine andere Wahl, als es dem Präsidenten zu zeigen oder ihn darüber zu unterrichten.

 Das Gross-Memorandum legte „die entscheidenden Kriterien, die in der Vergangenheit angewandt wurden, um die Anerkennung zu gewähren oder  zu verweigern”, dar. Es waren drei:

 (a) de facto Kontrolle über das Gebiet und den Staatsapparat, einschließlich der Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung;

(b) die Fähigkeit und die Bereitschaft einer Regierung, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen; und

(c) generelle Einwilligung der Bevölkerung des Landes zu der Regierung, die die Macht hat.

 Es wäre selbstverständlich, fügte das Memorandum hinzu, dass nach der Bildung eines neuen Staates einige Zeit erforderlich sei, um festzustellen, ob die Kriterien von der Regierung, die an der Macht war, erfüllt würden. Aber eine Erwägung stand über allen anderen. „Eine Grundvoraussetzung für alle Kriterien ist der Erhalt eines Antrags der Regierung auf Anerkennung.”

 Grundsätzlich gab es keine Möglichkeit, dass Präsident Truman den neuen jüdischen Staat anerkennen konnte (wenn das seine Entscheidung sein sollte), ohne dass - und bis  - er existierte und seine Regierung einen Antrag auf Anerkennung übermittelt hatte. Aber das war nicht die Art und Weise, wie dies geschah.

 Als Präsident Truman am 13. Mai nicht verkündete, er beabsichtige, den jüdischen Staat anzuerkennen, erhielt er einen weiteren Brief von Weizmann.

 Einige Tage zuvor, wie in seinem Tagebuch notiert, hatte Weizmann wieder seine Kontakte „zu unseren Freunden in Washington“ verstärkt. Die Freunde waren Niles und Clifford, und es war Niles, der Weizmann sagte, ein weiterer machtvoller Brief von ihm an den Präsidenten sei taktisch erforderlich. Zu dieser Zeit muss es für Niles mehr als offensichtlich gewesen sein, dass der Präsident  hin- und her gerissen war durch seinen Wunsch, „im besten Interesse der gesamten Nation“ (Trumans eigene Worte) zu handeln, aber auch den Erfordernissen der

Innenpolitik gerecht zu werden: die zionistische Lobby zu besänftigen, um nicht die jüdischen Kampagnengelder und Stimmen zu verlieren.

**Grundsätzlich bestand keine Möglichkeit, dass**

**Präsident Truman den neuen jüdischen Staat**

**anerkennen konnte (wenn das seine Entscheidung**

**sein sollte), ohne dass - und bis - er existierte und**

**seine Regierung einen Antrag auf Anerkennung**

**übermittelt hatte. Aber das war nicht der Weg,**

**wie dies geschah.**

 Ich vermute, dass Niles, der Trumans Qual bemerkte, besorgt war, der Präsident könnte sich nicht in der Lage fühlen, einen jüdischen Staat anzuerkennen, dessen Entstehung auf einer unilateralen Unabhängigkeitserklärung basierte.

 Ich kann mir vorstellen, dass Niles sich selbst die Frage stellte: “Werden wir wirklich den Kampf (um die Frage, wer den größeren Einfluss auf Truman hat) gewinnen, oder wird sich der Präsident letztendlich von dem Argument überzeugen lassen, die Schaffung eines jüdischen Staates liege angesichts der geschlossenen arabischen Opposition nicht im besten Interesse Amerikas?“ Niles war einerseits realistisch genug zu wissen, dass unter normalen Umständen der Gedanke absurd war, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika handele gegen den einhelligen Rat seiner Außen- und Verteidigungsministerien und seines Geheimdienstes. Auf der anderen Seite stand die Tatsache, dass die Umstände nicht normal waren, nämlich wegen des Nazi-Holocausts und des den Zionisten durch ihn gelieferten Druckmittels, mit dem Truman während des Endspiels insbesondere durch Weizmann beeinflusst werden konnte.

Lob sei dem Herrn für Eddie Jacobson.

 Daher kann ich mir vorstellen, dass Niles überlegte, ein weiterer Brief von Weizmann in diesem kritischsten Augenblick sei notwendig, um das Gleichgewicht in der Seele des Präsidenten zugunsten des Zionismus zu kippen.

 Weizmanns Brief war ein leidenschaftliches Plädoyer gegenüber den USA, „die provisorische Regierung des neuen jüdischen Staates sofort anzuerkennen.“

 In den bekannten Aufzeichnungen über die Ereignisse ist nichts bekannt, woraus man schließen könnte, dass Truman sich bereits vor dem Erhalt von Weizmanns Brief vom 13. Mai dazu entschlossen hatte, den jüdischen Staat (bei seiner Geburt) anzuerkennen. Der Präsident scheint seine Entscheidung am späten Abend dieses Tages oder am frühen Morgen des darauffolgenden Tages gefällt zu haben.

 Meine eigene Interpretation ist, dass Weizmanns Brief und alles, was emotional damit verbunden war, ausschlaggebend für die Meinungsänderung Präsident Trumans war. Und ich denke, dass dies fast 20 Jahre später (im Juni 1965) so gut wie bestätigt wurde, als der ehemalige Präsident Truman eine Mitteilung an die B’nai B’rith Loge in Tel Aviv sandte. „Es ist eine historische Tatsache”, besagte die Mitteilung, „dass Eddie Jacobsons Beitrag von entscheidender Bedeutung war.” Eine mögliche Schlussfolgerung ist, dass die definitive Entscheidung des Präsidenten vielleicht eine andere gewesen wäre, wenn Eddie ihn nicht überzeugt hätte, seine Tür für Weizmann zu öffnen, Mit anderen Worten, Weizmanns Einfluss auf Truman – beziehungsweise auf dessen Emotionen – war bei Weitem größer, als selbst die Zionisten geglaubt hatten, mit einer Ausnahme. Diese Ausnahme war Niles. Er wusste, dass der betagte und kranke Weizmann seine Trumpfkarte war, und er wusste genau, wann und wo er sie am vorteilhaftesten ausspielen musste.

 Dennoch war es Clifford, der das einfädelte, was man als „Anerkennungs-Clou“ bezeichnen kann.

 Was genau am 14. Mai 1948 geschah – und warum gerade in Washington – bleibt bis heute ein Mysterium.

 **Unter normalen Umständen wäre der**

**Gedanke absurd, der Präsident der**

**Vereinigten Staaten von Amerika widersetze**

**sich dem konstanten Rat seiner Außen-**

**und Verteidigungsministerien sowie**

**seines Geheimdienstes.**

 Um ca. 11:30 Uhr vormittags hatte Clifford ein Gespräch mit Eliahu Epstein. Dieser war der Repräsentant der „Jewish Agency“ in Washington und sollte bald als Eliahu Elath der erste israelische Botschafter in den USA werden. Laut John Snetsingers Bericht über Truman, die jüdische Abstimmung und die Gründung Israels erfolgte Cliffords Gespräch mit Epstein per Telefon. Aber laut George Elsey, Cliffords Assistent, traf sich Epstein mit Clifford im Weißen Haus.

 Clifford informierte Epstein, die USA seien bereit, den Jüdischen Staat nach seiner Unabhängigkeitserklärung anzuerkennen, aber.... Der Schritt der USA hätte als Antwort auf einen formellen Anerkennungsantrag der Regierung des neuen Staates erfolgen müssen, und man forderte den Antrag an diesem Nachmittag!

 Anfangs mag sich Epstein gefragt haben, ob Clifford von allen guten Geistern verlassen war. Technisch konnte der neue Staat nicht vor Mitternacht in Palästina, 18 Uhr in Washington, in Kraft treten (d.h., wenn das britische Mandat offiziell abgelaufen war). Eine provisorische Regierung, die es vor diesem Zeitpunkt nicht geben konnte, konnte nicht bereits an diesem Nachmittag einen formellen Anerkennungsantrag stellen! Epstein wusste natürlich, dass Ben-Gurion beabsichtigte, die einseitige Unabhängigkeitserklärung um 16:00 Uhr Palästina-Zeit abzugeben, vor Beginn des Sabbats, der orthodoxe Mitglieder der provisorischen Regierung in spe vom Autofahren oder sogar vom Unterschreiben einer Unabhängigkeitsproklamation abhalten würde. Aber das änderte nicht die technische Realität: ein einseitig ausgerufener Jüdischer Staat konnte vor Mitternacht in Palästina und 18 Uhr Washingtoner Zeit keinen Antrag auf Anerkennung stellen.

Die beiden Männer vereinbarten deshalb, dass Epstein die Verantwortung für das Basteln eines formellen Antrags auf Anerkennung übernehmen sollte – im Namen einer Regierung, die nicht existierte, für einen Staat, der nicht existierte.

 In dem zusammengebastelten Antragsschreiben, das an Clifford im Weißen Haus geliefert wurde, sagte Epstein, er sei von der (nicht existierenden) provisorischen Regierung des (nicht existierenden) Jüdischen Staates bevollmächtigt worden, „ die Hoffnung auszudrücken, dass Ihre Regierung den Jüdischen Staat in die Gemeinschaft der Nationen aufnehmen wird.“

 Um bessere Chancen dafür zu haben, dass Truman gegen den durch das Gross-Memorandum unterstützen Rat Marshalls und Lovetts handelte, übernahm Epstein auf Cliffords Bitte hin selbst die Verantwortung für die Erklärung, dass Israel die Grenzen, wie in der Teilungsresolution definiert, akzeptieren werde. (Er wusste selbstverständlich, dass Ben Gurion nie die Absicht hatte).

 Frage: Warum war es notwendig, einen Antrag auf Anerkennung zu konstruieren? Anders gefragt: Weshalb konnten Clifford (und Präsident Truman) nicht auf den richtigen Antrag warten, der von der provisorischen Regierung des Jüdischen Staates kommen sollte?

 **Der Anerkennungs-Trick: Im dem konstruierten**

**Antragsschreiben, das an Cliffort im Weißen Haus**

**geliefert wurde, sagte Epstein, er sei von der (nicht**

**existierenden) provisorischen Regierung des (nicht**

**existierenden) Jüdischen Staates bevollmächtigt worden,**

**“die Hoffnung auszudrücken, dass Ihre Regierung**

**den Jüdischen Staat in die Gemeinschaft der Nationen**

**aufnehmen wird.“**

Hier ist die einzige plausible Antwort:

 Die Idee, das Schreiben für den Anerkennungsantrag zu konstruieren, entstand in Cliffords Kopf. Seine Logik? In dem Augenblick, wo der Jüdische Staat proklamiert würde (und das Procedere der Generalversammlung irrelevant machte), käme Truman, damit er diesen anerkennt, unter den denkbar intensivsten Druck. Wenn er dann sagen müsste, er warte auf einen formellen Anerkennungsantrag, könnte seine Haltung leicht missinterpretiert werden, erst recht, wenn die provisorische Regierung aus irgendeinem Grunde mehr Zeit benötigen sollte, um Nägel mit Köpfen zu machen, oder der Antrag auf Anerkennung, aus welchem Grund auch immer, einschließlich dem eines Krieges, verschoben würde. In diesem Szenario fürchtete Clifford, dass die These aufkäme, Präsident Truman sei abgeneigt, den Jüdischen Staat anzuerkennen. Das würde seine Wiederwahl und die Aussichten vieler anderer Demokraten, die für ein Amt kandidierten, ernsthaft gefährden. Aber mit dem konstruierten Antragsschreiben hätte der Präsident genügend Spielraum, zum Schein den Jüdischen Staat innerhalb von Minuten nach seinem Inkrafttreten anzuerkennen. Mit einem Schlag würde das die Bedrohung des Zionismus für den Präsidenten und seine Partei beseitigen. In Cliffords

Vorstellung gab es ein „Worst-Case-Szenario“: Würde die Anerkennung durch die USA aus irgendeinem Grunde hinausgezögert, so würde sie vielleicht niemals erfolgen.

 Am wahrscheinlichsten ist, dass Clifford gänzlich auf eigene Initiative handelte, um dem, was er als das wohlverstandene Interesse seines Präsidenten ansah, zu dienen: wiedergewählt zu werden. Aber es könnte auch sein, dass Truman gegenüber Clifford seine private Angst äußerte, gesteinigt zu werden, wenn er den Jüdischen Staat nicht sofort nach seiner Entstehung anerkannte.

 Die großzügige These ist, dass Clifford den Präsidenten nicht darum bat, die Strategie des konstruierten Abtrags zu bewilligen, und dass das konstruierte Schreiben Truman bis kurz nach Mitternacht, Palästina Zeit, nicht vorgelegt wurde. Mit anderen Worten, dass Truman davon ausging, es handelte sich um einen echten Antrag der echten provisorischen Regierung Israels.

 Aber hätte Cliffort eine solche Initiative ergriffen, ohne zumindest einen Wink oder ein Zwinkern des Präsidenten? Sollte Truman im Voraus Kenntnis von der konstruierten Strategie gehabt haben, müsste man sagen, dass er aus Verzweiflung Teil einer Verschwörung wurde.

 Es gibt keine Gewissheit darüber, wann andere Mitglieder der Truman-Regierung auf exekutiver Ebene – vor allem Außenminister Marshall – über den Entschluss des Präsidenten, dem Jüdischen Staat die sofortige Anerkennung zu gewähren, informiert wurden. Noch am frühen Nachmittag, als Epstein sein Werk mit dem konstruierten Antragsschreiben vollendete, gab Clifford bekannt, der Präsident habe sich noch nicht entschieden.

 Nach dem Mittagessen im F Street-Club hatte Clifford eine Unterredung mit Lovett, den er, Clifford, als Feind betrachtete.

 Laut Lovetts Memorandum der Unterredung sagte Clifford: „Der Präsident ist unter unerträglichem Druck, den Jüdischen Staat sofort anzuerkennen.” Dann bat er Lovett „eine entsprechende Formulierung zu entwerfen, um die Anerkennung zu vollziehen, falls der Präsident sich für sie entscheidet.”

Lovett warnte vor „ungebührlicher Hast” und sagte, sie sollten warten, bis sie die Bestätigung der Einzelheiten über die Unabhängigkeitsproklamation des Jüdischen Staates hätten. **[[82]]** Er machte sich auch Gedanken darüber, dass es eine ordnungsgemäße Mitteilung über Amerikas Vorhaben an andere Regierungen geben sollte – insbesondere an die britische und französische Regierung und an Botschafter Austin in der UN. (Während Clifford und Lovett miteinander sprachen, tagte die Generalversammlung noch wegen des US-Antrags. Austin und sein Team taten immer noch ihr Bestes, um Unterstützung für den amerikanischen Vorschlag einer UNO-Treuhandschaft für Palästina sicherzustellen.) Clifford wischte Lovetts Warnung und Bedenken mit dem Kommentar beiseite, der Präsident könne sich „ein derartiges Zögern nicht erlauben.”

 Clifford sagte Lovett nicht die Wahrheit über die Absichten des Präsidenten, da er befürchtete, der Staatsuntersekretär könne Marshall dazu bewegen, Truman zu überzeugen, die Anerkennung des Jüdischen Staates zumindest zu verzögern. Tatsächlich waren Cliffords Befürchtungen diesbezüglich unbegründet. Wie all seine Vorgänger im Amt als Außenminister und gemeinsam mit Forrestal hatte Marshall, angesichts der gänzlichen Opposition der Araber, die Schaffung eines Jüdischen Staates nicht begünstigt; sobald aber der Präsident sich entschloss, dem neuen Staat die sofortige Anerkennung zu gewähren, dann

war’s halt so. Außer der Tatsache, dass Marshall gegenüber Präsident Truman unerschütterlich loyal war, hatte er einen gesunden Respekt gegenüber dem verfassungsmäßigen präsidentiellen Vorrecht, außenpolitische Entscheidungen zu treffen. Mit anderen Worten, Marshall akzeptierte, dass jeder Präsident Fehler machen konnte. Dass dieser Fehler katastrophale Folgen für Araber und Juden, für die Interessen Amerikas und des Westens allgemein und letztlich vielleicht sogar für die gesamte Menschheit haben könnte, stand nicht zur Diskussion. Hatte der Präsident einmal entschieden, konnte niemand etwas dagegen unternehmen.

 Um 17:40 Washington Zeit, zwanzig Minuten vor Mitternacht in Palästina, wurde Lovett informiert (vermutlich durch Marshall), dass die Verkündung der Anerkennung kurz nach 18:00 Uhr erfolgen würde und dass er nun Botschafter Austin bei der UNO unterrichten sollte.

 Lovetts Memorandum des viele Jahre geheim gehaltenen Protokolls beinhaltet dies: „Meine Proteste gegen die überstürzte Aktion und meine Warnungen im Hinblick auf die Konsequenzen, die sich daraus mit der arabischen Welt ergeben, scheinen von Erwägungen, die mir unbekannt sind, zunichte gemacht worden zu sein. [Er wusste genau, welche Erwägungen dies waren, meinte jedoch, dass es ihm nicht zustand, darüber in einem offiziellen Memorandum zum Protokoll, das eines Tages veröffentlicht wird, zu sprechen.] Ich kann nur den Schluss ziehen, dass die politischen Berater des Präsidenten, denen es am letzten Mittwochnachmittag nicht gelungen war, den Präsidenten zum Vater des neuen Staates zu machen, beschlossen, ihn wenigstens zum Geburtshelfer zu machen.“

 Um 18:00 Uhr, Washingtoner Zeit, lief das britische Mandat für Palästina ab, und Israels unilaterale Unabhängigkeitserklärung trat in Kraft. Um 18:11 Uhr bewilligten die USA die de facto-Anerkennung des neuen Staates – als Antwort auf Epsteins konstruierten Antrag. Die Ankündigung Washingtons hätte nicht unauffälliger sein können. Charles Ross, der präsidiale Pressesekretär, las den Reportern eine Stellungnahme vor, die aus zwei Absätzen bestand. Die Botschaft, die Ben-Gurion erhielt, von Lovett gesandt, lautete: “Die amerikanische Regierung erkennt die Provisorische Regierung des Staates Israel als de facto-Autorität in dem neuen Staat an.” (Aufgrund des Memorandums von Gross gewährte Truman Israel die de jure-Anerkennung nicht, bis seine provisorische Regierung am 31. Januar 1949 durch eine gewählte ersetzt wurde).

 Und so war es vollbracht. Was auch immer geschehen würde, Truman konnte nun gewiss sein, dass er für eine zweite Amtszeit wiedergewählt würde und seine Demokraten keine schweren Verluste bei den Wahlen erleiden würden.

 Für Botschafter Austin (und für sein gesamtes Team bei der UN) war es eine öffentliche Demütigung, wie sie kein amerikanischer Diplomat zuvor oder seitdem je erfahren hat. Austin selbst war so entrüstet, dass er sich in seinem Appartement im Waldorf Astoria Tower einschloss. Die Anerkennungserklärung wurde mit dem Text, der aus dem Bericht einer Nachrichtenagentur zitiert war, von einem nachrangigen Mitglied seiner Mission vor der Generalversammlung verlesen. Viele Jahre später enthüllte die Dokumentation, dass Marshall Rusk zur UNO gesandt hatte  „um zu verhindern, dass die US-Delegation geschlossen zurücktritt.”

 Im Saal der Generalversammlung waren die Delegierten aufgrund dieser jüngsten und abrupten Wende der amerikanischen Strategie völlig fassungslos. Hier saßen sie und debattierten auf Verlangen der USA die UN-Treuhandschaft für Palästina (und die Internationalisierung von Jerusalem), weil die Teilung ungerecht und nicht praktikabel war und mit Sicherheit die Ursache einer Katastrophe. Nun sanktionierten die USA unilateral diese Teilung. Ein Delegierter fragte George Barrett von der New York Times, ob er genau informiert sei, was die Position der USA sei. Barrett berichtete selbst, was er geantwortet hatte: “Ich weiß es nicht, denn ich habe 20 Minuten lang keine Ankündigung gesehen.”

 Kubas Botschafter, Guillermo Belt, musste zurückgehalten werden, damit er nicht zum Podium ging und den Austritt seines Landes aus der UNO verkündete. Im Grunde  wäre wahrscheinlich keine der Großmächte allzu betroffen gewesen, wenn Kuba sich aus dem Weltgremium zurückgezogen hätte. Aber, wäre Belt gegangen und andere Delegierte wären ihm gefolgt, so wäre die gesamte Existenz der UNO in Frage gestellt worden.

 Der Schaden, der dem Ansehen der USA bei der UNO zugefügt wurde, und von dem sie sich bis heute nicht erholt haben, beunruhigte einige umsichtige Amerikaner. Unter ihnen war F.D.R.s Frau, Eleanor Roosevelt. Im Gegensatz zu ihrem Ehemann war sie oder besser, wurde sie, eine Unterstützerin der zionistischen Sache und hätte es vorgezogen, den Jüdischen Staat anzuerkennen; aber sie war auch eine Verfechterin der UNO. Am 16. Mai schrieb sie an Marshall und beschwerte sich über die Art und Weise, wie die Truman-Regierung das Anerkennungsproblem gehandhabt hatte, da diese bei den Vereinten Nationen „Fassungslosigkeit erzeugt“ hätte. Marshalls Antwort zwei Tage später besagte unter anderem (von mir hervorgehoben): „Wir waren uns der unglücklichen Auswirkung auf unsere Situation bei der UN, die sehr bedauerlich ist, bewusst. Mehr dazu zu sagen, steht mir nicht zu.“

 Die Idee von Palästina als UN-Treuhandschaft wurde nicht bloß hastig aufgegeben, sie war tot und wurde schnell ohne Zeremonie begraben.

 Bevor die Sondersitzung der Generalversammlung an diesem höchst dramatischen Tag endete, bewilligte diese noch eine Resolution und ernannte einen Vermittler zur „Förderung einer friedlichen Anpassung der Zukunft Palästinas“. (Wie wir sehen werden, wurde er durch die Kugel eines Attentäters daran gehindert, seine Aufgabe zu erfüllen).

 Die Schuldzuweisungen wurden ein Fall für die Öffentlichkeit. 1961, in Ein Premierminister erinnert sich schrieb Clement Attlee, damals ein Earl (Graf) im House of Lords, dass „die US-Politik in Palästina durch das jüdische Votum und durch Parteispenden mehrerer großer jüdischer Firmen beeinflusst wurde.“

 Truman antwortete: „Die Briten waren höchst erfolgreich. Sie haben die Situation so gründlich vermasselt, wie es überhaupt möglich war.”

Wenn Truman geantwortet hätte, er hätte nicht tun müssen, was er tat, wenn Großbritannien nicht vorher die zionistische Karte gespielt hätte, hätte er ein Argument gehabt, ein gutes Argument.Und dies tat im Jahre 1968 Arnold Toynbee. Bevor er als einer der hervorragendsten Historiker der Welt anerkannt wurde, hatte Toynbee im britischen Außenministerium direkt mit dem Palästina-Mandat zu tun. Im Jahre 1968 lieferte er diese Beurteilung (von mir hervorgehoben):

 „In all den 30 Jahren [von der Balfour Erklärung bis zu dem Augenblick, wo Großbritannien der UNO das Problem aufhalste] ließ Großbritannien – Jahr für Jahr – eine Quote jüdischer Einwanderer zu, die je nach Stärke des entsprechenden Drucks vonseiten der Araber und der Juden zu der Zeit variierte  Diese Einwanderer hätten nicht kommen können, wenn sie nicht von britischen „Spanischen Reitern“ geschützt worden wären. Wäre Palästina unter ottomanisch-türkischer Herrschaft geblieben oder wäre es ein unabhängiger Staat geworden... hätte man niemals jüdische Immigranten in genügend großer Anzahl zugelassen, dass sie die palästinensischen Araber in deren eigenem arabischen Land  überschwemmen konnten. Der Grund, weshalb der Staat Israel heute existiert und weshalb 1.500.000 Palästinenser zu Flüchtlingen wurden, ist, dass den palästinensischen Arabern 30 Jahre lang die jüdische Einwanderung von der britischen Militärmacht aufgezwungen wurde, bis die Einwanderer zahlreich genug und gut genug bewaffnet waren, um sich selbst mit Panzern und Flugzeugen wehren zu können. Die Tragödie Palästinas ist nicht nur eine lokale: es ist eine Tragödie für die Welt, weil es eine Ungerechtigkeit ist, die eine Bedrohung für den Weltfrieden bedeutet.“

 Es war auch Toynbee, der in A Study of History, Volume VIII (Eine Studie der Geschichte, Band VIII) die Rolle Trumans und deren Konsequenzen am plastischsten schildert:

 „Der Eifer des Politikers und Philanthropen aus Missouri, Zweckmäßigkeit mit Wohltätigkeit zu kombinieren, indem er die Juden unterstützte, denen so viel Unrecht geschehen war und die so viel gelitten hatten, schien jedoch nicht durch irgendein sensibles Bewusstsein dafür gedämpft zu werden, dass er dadurch aufseiten der Araber zu Unrecht und Leiden beitrug. Seine Exkursionen in das gebeutelte Gebiet Palästinas erinnerten einen Leser an die Fioretti di San Francesco (Blümlein des Hl. Franziskus), und zwar an die tragikomische Heldentat des Juniper, welcher der aufschlussreichen Geschichte nach so tiefbewegt von einem Bericht über die Nahrungsnot eines Invaliden war, dass er, mit dem Messer in der Hand, in einen Wald voller harmloser Wildschweine lief. Er schnitt einem lebenden Wildschwein den Fuß ab, um den notleidenden Menschen mit Essen zu versorgen, wie es sein Mitgefühl wollte, ohne zu bemerken, dass er ein verstümmeltes Tier zurückließ, das sich in Todesqualen wand, und ohne innezuhalten und darüber nachzudenken, dass dieses unschuldige Opfer weder das Eigentum des Invaliden noch sein eigenes war. “

 Ein Jahr nach dieser schicksalhaften Entscheidung wurde Truman von Israels Großrabbiner besucht. Nach dem, was der Präsident selbst Miller auf Band berichtete, sagte der Rabbi: “Gott steckte Sie in den Bauch Ihrer Mutter, damit Sie das Instrument sein konnten, das Israels Wiedergeburt  nach zweitausend Jahren herbeiführte.” Daraufhin begannen offenbar dicke Tränen über Harry Trumans Wangen zu rinnen.

 Die Worte des Großrabbiners waren zweifellos eine Quelle großen Trostes für Präsident Truman; mit den Worten eines anderen bedeutenden Besuchers aus Israel hätte er sich nicht so wohlgefühlt.

 Bei seinem letzten Besuch in Amerika als Israels Premierminister soll Ben Gurion Folgendes zu Truman gesagt haben: “Sie haben einen sicheren Platz in der Geschichte, Israels, aber wie Sie in der amerikanischen Geschichte dastehen, das weiß ich nicht.“ Eine mögliche Schlussfolgerung ist, dass Ben Gurion etwas Ähnliches dachte, aber nicht sagte, wie: „Ihr Platz in der Geschichte Ihres eigenen Landes wäre nicht so sicher, wenn die Öffentlichkeit erführe, warum Sie taten, was Sie taten.“

 Lilienthal machte eine Bemerkung, der ich zustimme: „Dem Scharfsinn der Zionisten ist es zu verdanken, dass sie ihre Chance ergriffen. Aber es ist vielleicht kein Verdienst von Amerikas nicht-zionistischem Judentum, dass es zuließ, dass seine selbsternannten zionistischen Führer die Zukunft des amerikanischen Judentums auf das Roulette der Machtpolitik setzten.”

Aber ich gehe noch weiter als Lilienthal. Was meiner Meinung nach auf das Roulette der Machtpolitik gesetzt wurde, war nicht nur die Zukunft des amerikanischen Judentums, sondern das Judentum in seiner Gesamtheit.

 Es war tatsächlich Präsident Truman selbst, der die ehrlichste Aussage darüber zu Papier brachte, weshalb die Ereignisse sich so entfalteten, wie sie es taten. In einem Memorandum an Niles sagte er: “Wir hätten diese Palästina-Sache lösen können, wenn die US-Politik herausgehalten worden wäre.”

 Dieses Memorandum, das am 13. Mai 1947 geschrieben wurde, fuhr fort: “Der Terror und (Rabbi) Silver sind die Ursachen, die zu einigen, wenn nicht sogar zu all unseren Problemen beitrugen.”

 Der Terrorismus, auf den Truman sich bezog, war, wie wir gesehen haben, der zionistische Terrorismus.

 Rabbi Silvers einziger und größter Beitrag zu der sich anbahnenden Katastrophe war die Inspiration und die Richtung, die er der amerikanischen Zionistenkampagne gab, um Trumans Visa-Initiative zu vernichten. Diese hätte, wenn die Gesetzgebung, die der Präsident brauchte, erfolgt wäre, allen oder praktisch allen entwurzelten und vertriebenen Juden erlaubt, ein neues Leben in Amerika zu beginnen. Eine Option, die die meisten von ihnen angenommen hätten, wenn man ihnen die Wahl gelassen hätte. Am Ende seines Berichtes über Präsident Trumans Rolle bei der Entstehung des arabisch-israelischen Konfliktes äußert Lilienthal diesen Gedanken: „Indem Truman den Rat dreier seiner Staatssekretäre und des Verteidigungsministers, James Forrestal, in den Wind schlug, könnte er ‚Die amerikanische Tragödie‘ [Anspielung auf den 1925 erschienenen Roman von Theodore Dreiser, d. Ü.] der U.S.- Außenpolitik verfasst haben.“

 Als Lilienthal zuerst diese Worte in den Druck gab (1978), hätte ich ihm zugestimmt. Aber nach den Ereignissen vom 11. September 2001 und alledem, was sie symbolisierten, würde ich “Truman könnte geschrieben haben” durch “Truman schrieb“, ersetzen.

 Da bleibt eine sehr interessante Frage, eine, die in politisch korrekten Kreisen noch nicht gestellt wurde. Sie stellt sich aufgrund von Marshalls Kommentar an Eleanor Roosevelt: “Mehr darüber darf ich nicht sagen.”

 Was war es, was Marshall ihr nicht sagen durfte oder was er ihr im Vertrauen andeutete?

Ich denke nicht, dass er irgendwelche Probleme gehabt hätte, zu sagen: “Das ist Parteipolitik - jüdische Wahlkampfspenden und jüdische Stimmen. Auch wenn wir das nicht mögen,  so ist das eben.”

 Meiner Ansicht nach ist es nicht abwegig anzunehmen, dass Ben Gurion Truman informiert hatte: falls die USA den jüdischen Staat nicht sofort nach seiner Entstehung anerkennen würden, würde die Sowjetunion dies tun. Israel sähe dann in der Sowjetunion statt den USA eine befreundete Supermacht und einen Verbündeten. Kurzum, ich halte es für möglich, dass Ben Gurion für ihn die ultimative Erpressungskarte ausspielte oder ausgespielt hatte. Unter diesem Aspekt wäre Cliffords Bemerkung bei dem Machtkampf-Treffen, „ der UDSSR zuvorkommen“, nicht so unwichtig, wie sie zunächst erschien.

 Und wenn das die Drohung war, die Ben Gurion äußerte oder ihm gegenüber geäußert hatte, kann ich mir vorstellen, dass Truman Marshall eine Frage stellte wie: „Blufft er (Ben Gurion) oder würde der Hundesohn das tatsächlich tun – gemeinsame Sache mit den Sowjets machen?“ Und ich denke, Marshalls Antwort wäre etwas gewesen, wie: „Wir sollten besser davon ausgehen, dass er nicht blufft.”

 Als Ben Gurion die ultimative Erpressungsskarte – die Drohung, der jüdische Staat baue auf die Sowjetunion als seinen Freund und Supermacht-Verbündeten –  ausspielte, könnte es gut sein, dass Truman und Marshall in den letzten Stunden des langen Kampfes um die Entscheidung, wer die US-Politik für Palästina bestimmen sollte, nicht auf entgegengesetzten Seiten standen. Ich meine, es könnte sein, dass Marshall in den letzten Stunden zu Truman etwas sagte, wie: “Die absolute Priorität ist es zu verhindern, dass der zionistische Staat gemeinsame Sache mit der Sowjetunion macht. Wenn das bedeutet, dass die USA die ersten sein müssen, die einen einseitig erklärten jüdischen Staat anerkennen, so tun sie es.”

 Die traurigste Wahrheit von allen ist, dass es einen großartigen und aufrechten Mann mit Prinzipien gab, der alles tat, um das Palästina-Problem aus der US-Innenpolitik herauszuhalten, bevor es für alle Betroffenen zu spät war. Dieser Mann war James Forrestal, der erste US-Verteidigungsminister.

 Das Verständnis, das dieses Buch fördern möchte, wäre nicht vollkommen ohne Kenntnis von Forrestals Bemühungen, sowohl die Demokraten als auch die Republikaner auf Führungsebene zu überzeugen, das Palästina-Problem aus der US-Politik herauszuhalten; aus der Wahlkampfspenden-Praxis, die das Urteilsvermögen aller, die sich darauf einließen, schädigten und korrumpierten.

 Meine Entscheidung, der Forrestal-Geschichte ein eigenes Kapitel zu widmen, bedeutet, dass wir gewissermaßen auf derselben Grundlage wie in diesem Kapitel vorgehen, aber aus der Perspektive eines einzigartig informierten Insiders und dementsprechend mit einer bemerkenswerten und, wie ich meine, abschreckenden Einsicht in die Art, wie amerikanische Politik funktionierte und noch immer funktioniert.

 Wie wir jetzt sehen werden, war es Forrestal nicht gegönnt zu gewinnen. Ob die Verzweiflung über sein Versagen und dazu die Schikanen der Zionisten, die er wegen seiner Versuche erdulden musste, zu der Depression führten, die ihn Selbstmord begehen ließ, ist eine berechtigte Frage. Es muss auch gesagt werden, dass andere Fragen aufkamen, zum Beispiel, ob sein Tod überhaupt ein Selbstmord war. Das sind Fragen mit rein spekulativen Antworten. Trotzdem ist das kein ausreichender Grund, sie nicht zu stellen, besonders angesichts der Ereignisse des 11. September 2001 und all dessen, was sie symbolisieren als Bumerang der jahrelangen pro-zionistischen US-Politik im Nahen Osten.